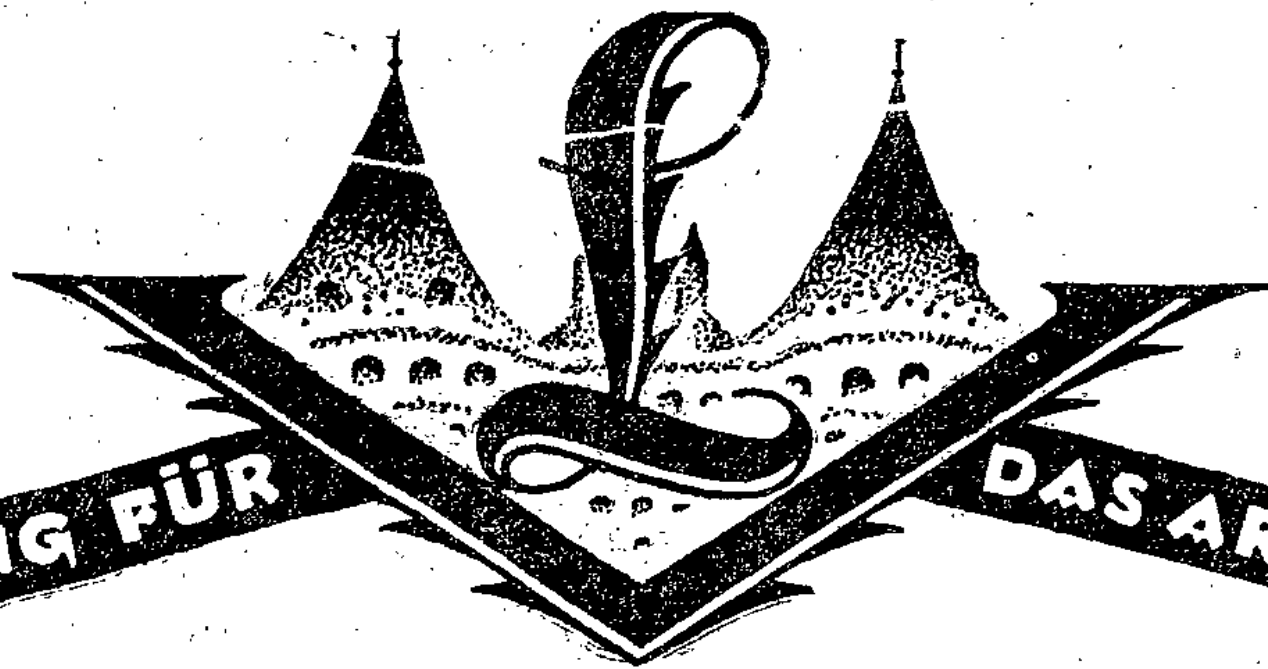


Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Botenfreilingshaus monatlich 80 M., Einzelverkaufspreis 4,00 M., Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtegespaltene Feilzeile oder deren Raum 12,00 M., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 11,00 M., Reklamen 45,00 M., Beilagengebühr 1000 Stk. 225 M., Geschäftsstelle: Johannisstr. 46, Fernruf 926



# Lübecker Volksbote

Nummer 219.

Dienstag, 19. September 1922.

29. Jahrgang.

## Sozialdemokratischer Parteitag.

### Begrüßungsansprachen.

SPD. Augsburg, 18. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Aus den Reden der ausländischen Gäste in der Eröffnungsfeier vom Sonntag abend sei folgendes nachgetragen:

**St. Janning (Dänemark)** wünscht, daß dieser Parteitag für die Zukunft der Arbeiterschaft von grundlegender Bedeutung werde. Die dänische Arbeiterschaft hat alle Zersplitterungsbestrebungen nach Kräften zurückgewiesen. (Bravo!) Haß und Zwietracht dürfen unter der Arbeiterschaft nicht bestehen. Die deutsche Arbeiterschaft hat zweifellos eine historische Mission zu erfüllen. Die deutsche Arbeiterbewegung soll die Welt gegen die Rückkehr der Reaktion sichern. Befestigung und Aufbau der deutschen Republik sind von entscheidender Bedeutung für ganz Europa. Die hohe politische Kultur der deutschen Arbeiterschaft ist von entscheidender Bedeutung für den ganzen Sozialismus. Mit großer Freude haben wir die Äußerungen des hochgeachteten Präsidenten der deutschen Republik über den versöhnlichen Geist gehört, der zwischen Deutschland und Dänemark herrscht. Die dänischen Arbeiter senden durch mich die aufrichtigsten Wünsche für die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft. (Lebh. Beifall.)

**Davis (England):** Die englische Arbeiterpartei hat es verstanden, daß es gleichgültig ist, ob ein Land siegt oder verliert — die Arbeiterschaft jedes Landes leidet am meisten unter den Kriegsfolgen. (Sehr richtig!) Engländer, Deutsche und Italiener, alle müssen dahin wirken, daß niemals wieder Krieg werde. (Stürmischer Beifall.) Der Plan, der jetzt die Geschicke Englands leitet, wird vergehen, aber die Arbeiterpartei wird ans Ruder kommen, und dann wird ein neuer Geist in England einziehen. Die Verständigung wird zum Siege kommen. (Bravo!) Die Einigung der deutschen Sozialdemokratie wird das Signal sein für die Einigung der Arbeiter der ganzen Welt. Die englischen Arbeiter protestieren auf das entschiedenste gegen den Rachegeist, der die französischen Staatsminister beherrscht. Sie halten es für unmöglich, daß ein Volk wie das deutsche unterdrückt wird. (Stürmischer Beifall.)

**Moeller (Schweden):** Wir haben mit ganz besonderer Freude die Nachricht von der Möglichkeit der Einigung der deutschen Sozialdemokratie begrüßt. Durch diese Einigung wird die Schlagkraft der deutschen Arbeiterschaft gegen die Reaktion von rechts und links gestärkt werden. (Sehr richtig!) Nur dadurch, daß die Grundzüge der Sozialdemokratie in der internationalen Welt zur Geltung kommen, ist die Welt vor einer Katastrophe zu bewahren. Es ist ausgeschlossen, daß die jetzige internationale Zersplitterung lange nach der deutschen Einigung noch bestehen kann. (Sehr richtig!) Wenn diese Einigung kommt, muß auch die französische Arbeiterschaft gestärkt werden, und es wird ihr dann möglich sein, einen stärkeren Druck auf ihre reaktionäre Regierung auszuüben, zum Heile der ganzen Welt.

**van Nooijbroeck (Belgien):** In Frankreich haben wir das beste Beispiel dafür, daß die Reaktion durch die Zersplitterung gestärkt wird. Die französische sozialistische Partei und die Gewerkschaften haben seit der Zersplitterung ihren Einfluß verloren. (Sehr wahr!) Das ist das Werk der Reaktion, sagt man. Wir wissen aber, daß das nicht nur das Werk der Reaktion von rechts, sondern auch das Werk der Reaktion von Moskau ist. (Sehr wahr!) Die unter dem Deckmantel der roten Fahne auf eine Schreckensherrschaft hinarbeitet, die noch schrecklicher ist als selbst der Zarismus. Wir sind für die Einheitsfront, aber für die Einheitsfront der Aufbauer, nicht der Zerstörer. Ich beglückwünsche Sie zu der Entscheidung, die Sie treffen werden. Es lebe die sozialistische Einigung in Deutschland! (Stürm. Beifall.)

**Uster (Prag):** Die Genossen der Tschechoslowakei erhoffen die Einigung der beiden sozialistischen Parteien, von der sie Erfolg für die ganze Internationale erwarten.

**Vorstehender Wels:** Ich bin überzeugt, daß ich nicht nur den Delegierten des Parteitages, sondern der ganzen deutschen Sozialdemokratie aus dem Herzen spreche, wenn ich den Genossen des Auslandes danke für ihre Worte, die sie hier gesprochen haben. Wir kämpfen den gleichen Kampf gegen den internationalen Kapitalismus. Die internationale Arbeiterbewegung bekämpft die Not und das Elend, die durch den Kapitalismus in der Welt ist. Noch stehen sich die sozialistischen Arbeiter in heftigen Kämpfen gegenüber. Aber schon wird sichtbar, daß die Verwirrung des Brüderkampfes ihren Höhepunkt überschritten hat. Das ist unsere Hoffnung für die Zukunft, falls sich wieder einmal die Kriegsfurie aufmachen sollte. — Wels schließt mit einem Hoch auf den internationalen Sozialismus, in das der Parteitag begeistert einstimmt.

### Der Bericht des Parteivorstandes.

SPD. Augsburg, 18. September.

In der heutigen Vormittagsfeier begrüßt zunächst der Vertreter der russischen Sozialrevolutionäre, Genosse Semjonnoff, den Parteitag, worauf Genosse Adolf Braun den Bericht des Parteivorstandes erstattet. Er wies auf die Arbeitsleistungen des verfloffenen Jahres hin. Es war ein arbeitsreiches Jahr für die ganze Partei, für jeden Genossen und auch besonders für den Parteivorstand. Wenn dabei auch nicht immer große Erfolge erzielt worden sind. Die Verschiedenartigkeit der praktischen Probleme ist ökonomisch: Die Geldentwertung, die Schwierigkeiten einigermaßen die tägliche Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu sichern, sie vor Arbeitslosigkeit zu bewahren, sie zu warnen vor Aufschüßelungen usw. Andere Hauptbemühungen waren und

sind, das Verständnis der sozialdemokratischen Arbeiterschaft für die Fülle Schwierigkeiten zu erwecken, und die Arbeiter abzuhalten vor Ausbrüchen der Verzweiflung und der Hoffnungslosigkeit. Wir müssen sie zur Erkenntnis führen, daß die stärkste Partei Deutschlands sich fernhalten muß von Illusionen und daß sie in einer Welt von Schwierigkeiten auf festem Boden einen Ausweg suchen muß. (Zustimmung.) Niemand dürfen wir blind sein für die Wirklichkeit und niemals übersehen die Hemmungen unseres Willens und unserer Absichten durch das Versailles Diktat. Unser Bemühen, den Arbeitern Sinn für die internationale Tatsache beizubringen, ist von Erfolg gekrönt gewesen. Die große Masse derer, die in der Partei wirkt, ist sich klar darüber, daß mit Gewalt nichts für die Arbeiterklasse zu erreichen ist. Fenster-scheiben einschlagen hilft nichts. (Sehr richtig!) Nur politisch Unfähige können glauben, zu Ehren zu gelangen, indem sie ihre Taktik für alle Ewigkeit festlegen. Das hat Friedrich Engels schon vor genau 80 Jahren in einem Brief an Viktor Adler geschrieben. Unsere kommenden Kampfgenossen, denen wir kameradschaftlich die Hand zu gemeinsamem Wirken reichen, haben sich ebenso wie unsere fanatischen Gegner, die Kommunisten, stets zu überbieten gesucht, ohne Rücksicht auf die Hemmungen unseres Könnens Forderungen aufgestellt, die unmögliche Hoffnungen bei den Arbeitern erwecken sollten. Was uns erhebt, was uns stolz macht auf die Arbeiterklasse, das ist, daß die Arbeiterschaft sich nicht von uns abwendet, sondern ihr Vertrauen zu uns sich ganz außerordentlich gesteigert hat. Wir wissen sehr wohl, daß die auswärtigen Fragen vor den innerpolitischen heute den Vorrang haben. Wir wissen, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands weit mehr als von unserem Willen, von unserer Sparsamkeit, von dem Einsetzen unserer Arbeitskraft für die Reparationszahlungen abhängig ist, daß die Stabilisierung unserer Währung von der Möglichkeit einer großen ausländischen Anleihe abhängt. Wir wissen, was der Währungsverfall, was die uns angebotene Brotverwertung für eine Bedeutung haben. Wir haben keine Sehnsucht nach russischen Zuständen. Aber wir wissen, daß auch hier vieles an uns, wenn auch noch weit mehr an der Bourgeoisie zu bessern ist. Wir empfinden es als eine Gefährdung der Volksmoral, als eine Schaffung ganz falscher Urteile im Auslande und im Inlande über unsere Leistungsfähigkeit, daß sich der Luxuskonsum immer mehr vordrängt. Wir empfinden die hohe Zahl der Vorkosten, Bars, Dieben und Schlemmergaststätten als eine Schande für das deutsche Volk. Die Anträge gegen den Alkoholismus aus den Kreisen der Parteigenossen zeigen, daß ein Teil der Fehler der Bourgeoisie auch die Fehler der Arbeiter sind. Wir erkennen die Not der deutschen Presse, die unser geistiges Sein herunderdrückt, als eine überaus gefährliche Erscheinung, die in der Demokratie noch schwieriger zu ertragen ist als dort, wo die Diktatur und die Pressefreiheit herrscht.

Im Gegensatz zu den Kommunisten wollen wir den Tatsachen ins Gesicht sehen: Wir wissen, daß alle Einkommenssteigerungen weitgemacht werden durch die Geldentwertung. Wir wissen, wie schlecht es um die Befriedigung des Wohnungs- und Kleidungsbedürfnisses gestellt ist, aber wir wollen uns klar sein über die Schwierigkeiten im deutschen Wirtschaftsleben wie des Reiches und so der Städte, der Familien, Angehörigen und Arbeiter, die nur durch die Macht, über die die Arbeiterklasse in Deutschland wirklich verfügt, geändert werden können. Alle Macht geht vom Volke aus, das ist der oberste Grundsatz in der deutschen Republik, deshalb sollten unsere Kritiker nicht vergessen, daß nicht die Gewählten, sondern die Wähler und Wählerinnen den Grad unserer Macht bestimmen. Wir können unsere Macht nur verstärken, wenn wir die Zahl unserer Anhänger immer weiter vergrößern. Das gilt für die Männer, noch mehr für die Frauen. Den jugendlichen Arbeiter, die jugendliche Arbeiterin, den Nachwuchs der Generation müssen wir zu verstehen suchen. Wir müssen begreifen, daß sie vieles anders auffassen, wie wir es nach dreißig- oder vierzigjähriger Wirksamkeit in der Partei tun. Mit Trauer sehen wir, daß noch viele Arbeiter bei bürgerlichen Parteien wirken. Doch weit schlechter steht es bei den Kopfarbeitern, bei den Anwaltlichen, Beamten, bei den Angehörigen der freien Berufe und bei den vielen Leuten, die nicht zu den Handarbeitern gehören. Wenn die Erfolge uns in diesen Sphären noch nicht befriedigen sind, so liegt das vielfach an falschen Methoden. Aber wir wollen auch nicht außer acht lassen, daß von einer jahrhundertlangen Entwicklung, die in der Beamtenschaft zu der Ueberzeugung geführt hat, daß sie eine in sich abgeschlossene eigenartige, über das Volk, nicht in dem Volke wurzelnde Kaste ist, nicht durch die Agitation weniger Jahre überwinden können. Hier ist noch viel nachzudenken. Hier ist die Anpassung der agitatorischen Methode an das agitatorisch zu behandelnde Gebiet notwendig.

Diese Agitation erfolgreich zu führen, müssen wir unsere Presse zum bedeutendsten Agitationsmittel der Sozialdemokratie machen. Die Not der Presse schreit zum Himmel. 139 Tageszeitungen besitzt die sozialdemokratische Partei. Die wenigen sozialistischen Zeitungen, die eingegangen sind, sind durch andere ersetzt worden. Im allgemeinen kann hiermit unsere Parteipresse recht zufrieden sein. Wir müssen ihre Leistungen in einer Zeit, wo immer neue Aufgaben ihr gestellt werden, bewundern. Gern wollen wir Dank sagen, aber wir wollen es auch an der Selbstkritik nicht fehlen lassen. Wir alle waren aufgeregt, wir alle waren aufs tiefste erschüttert, wir alle empfanden das Bedürfnis nach hartem Gericht, als Rathenau ermordet worden war, aber nur in einer Zeitung lasen wir einen Artikel mit der Ueber-

schrift: „Knüppelt die deutschnationalen Mörderbanden nieder!“ Es gehörte eine journalistische Gewissenlosigkeit dazu, aus jener journalistischen Entgleisung einen Schluß zu ziehen auf die ganze sozialdemokratische Presse. Dr. Paul Lensch, der früher so radikal war, daß keiner von uns gegen ihn aufkommen konnte, steht jetzt über Sinnes. Der Fall Lensch ist aber Gott sei Dank ein Einzelfall innerhalb unserer Partei. Es gibt glücklicherweise nur wenige, die sich durch Geld oder andere Vorteile verleiten lassen, für die reaktionäre Presse zu arbeiten. Der sozialistische Journalismus muß stolz sein, seine Kraft nur der Partei und der Presse zu widmen.

Was Kallist gesagt hat, dafür mache man die „Völkische Zeitung“ und gewisse Kreise verantwortlich, aber nicht die Sozialdemokratie. Leider gibt es für unsere Partei kein Patentrecht und kein Namensschutzrecht. Auch ganz dunkle Geldgeber können das von ihnen herausgegebene Blatt sozialdemokratisch nennen, wenn es auch anderen Blättern Material zu einer Hehe liefert, wie früher der famose Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Wir wollen ausdrücklich bemerken, daß der „Zirk“, dieses Blatt, das keine hundert zahlende Abonnenten hat, mit der Sozialdemokratie, mit einem sozialdemokratischen Organ oder mit einer für die Sozialdemokratie verantwortlichen Person auch nicht die geringste Gemeinschaft besitzt.

In eine harte Zeit gestellt, damit rechnend, daß noch schwere Prüfungen dem deutschen Volke und der deutschen Arbeiterklasse bevorstehen, wollen wir uns die Erkenntnis der Notwendigkeit unseres Wirkens für die Partei auf diesem Parteitage zur Aufgabe machen. Wir wollen hoffen, daß auch der in Nürnberg zu wählende Parteivorstand die gleiche Einmütigkeit und Freudigkeit besitzt, die gleiche Kameradschaftlichkeit und das gleiche gegenseitige Vertrauen zum Vorteil für die gesamte Partei herrschen wird, wie es in dem zum Abtreten bereiteten Vorstand zu unserer persönlichen Genugtuung zur Steigerung unserer Leistungsfähigkeit und, wie wir hoffentlich von Ihnen bezeugt erhalten, auch zum Nutzen der Arbeiterklasse der Fall war. (Lebhafter Beifall.)

Sodann spricht über

### Agitation, Organisation und Kasernenbericht

Genosse Friedrich Barriels: Die Geldentwertung ist natürlich an der Organisation und unserer Parteitagitation nicht spurlos vorübergegangen. Die Einnahme hält nicht Schritt mit der Steigerung der Ausgaben, und daher mußten manche Beschränkungen in der Werbefähigkeit eintreten. Die Steigerung der Parteieinnahmen ist also geradezu eine Lebensfrage für die Partei. (Sehr richtig!) Wir müssen den Beitrag auf mindestens 5 M. erhöhen. Der Parteikörper darf nicht lahmgelegt werden aus Mangel an Geldmitteln. Das könnte nur der Reaktion nützen. Am 1. Juli haben wir die Wenzelstraße gegründet. Sie gilt zunächst nur für die Geschäftsführer, Redakteure und Parteisekretäre, weil wir wegen der Unfähigkeit der Verhältnisse den Umfang der Versicherungen nicht zu sehr vergrößern können. Die Werbe- und Auffklärungsarbeit ist zweifellos planmäßiger als in früheren Jahren betrieben worden. Das Bildungswesen hat eine günstige Entwicklung genommen. Auch die Arbeiterjugendbewegung entwickelt sich in guter Weise. Die Parteifinanzen leiden darunter, daß infolge der starken Geldentwertung in den letzten Monaten die Ausgaben sehr erheblich gestiegen sind. Es ergibt sich die zwingende Notwendigkeit der Stärkung der Parteifinanzen. Dann werden wir eine schlagfertige Organisation haben. (Lebh. Beifall.)

### Ausgleich in der Reparationsfrage.

SPD. Berlin, 19. September.

Reichsbankpräsident Haverstein ist am Montag vormittag nach Berlin zurückgekehrt und hat dem Reichskabinett Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen von London erstattet. Haverstein teilte dem Kabinett mit, daß die Reichsbank nunmehr bereit sei, die sechsmonatlichen Schahwechsel mit ihrer Unterschrift zu versehen. Das Kabinett nahm diese Mitteilung zur Kenntnis und beschloß, sofort eine entsprechende Mitteilung an die belgische Regierung gelangen zu lassen.

Die Verhandlungen in London spielten sich zwischen zwei Großbanken ab und die Einzelheiten der Abmachungen sind daher lediglich Angelegenheiten dieser Banken und sollen einstweilen nicht veröffentlicht werden. Jedenfalls hat die Reichsbank auf Grund dieser Abmachungen und nach Prüfung ihrer eigenen Geschäftslage sich zur Garantierung der deutschen Schahwechsel an Belgien bereit erklärt. Daß die Reichsbank ihr Geld nicht verpfänden würde, ist bereits von ihr schon vor Beginn der Londoner Verhandlungen betont worden.

### Systemwechsel in der Reparationskommission.

Berlin, 19. September.

Die „Chicago Tribune“ bestätigt, daß Loucheur an Stelle von Dubois in die Reparationskommission eintreten werde. Dubois wünschte so schnell wie möglich sein Amt niederzulegen. Durch die Ernennung Loucheurs zum Mitglied der Reparationskommission wird, wie die französischen Blätter mitteilen, die französische Reparationspolitik völlig umgeworfen. Der Schwerpunkt der Reparationen dürfte künftighin auf die Sachleistungen gelegt werden.



### Neue Ausgleichszahlungen.

Die deutsche Regierung hat zehn Millionen Goldmark, die auf Grund der letzten gemeinsamen Note der Alliierten als Abschlagszahlung auf die in Wirklichkeit fälligen Ausgleichszahlungen in Höhe von 28,4 Millionen zu zahlen waren, den Ausgleichsämtern der Alliierten überwiesen.

### Gewerkschaften und Wiederaufbau.

U. Berlin, 19. September.

Wie die „Berliner Börsenzeitung“ vom 18. Sept. erzählt, ist eine Einladung nach Paris an die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften dem ADGB nicht zugegangen und Vertreter dieser Organisation oder anderer der Amsterdamer Internationale angehörender Gewerkschaften werden sich nicht nach Paris begeben.

### Das württembergische Sachlieferungsabkommen.

U. Stuttgart, 19. September.

Zu den Meldungen vom dem Abschluß eines württembergischen Sachlieferungsabkommens wird gemeldet: Das Abkommen zwischen der Württembergischen Rohstoffgesellschaft und der französischen Galliengruppe, hinter welcher die Banque de Paris et des Pays-Bas steht, war bereits vor dem Stinnes-De-Luberac-Abkommen getroffen worden. Die Galliengruppe hatte eine Reihe von Kooperationsabgeschlungen. Bei den Lieferungen handelt es sich um sämtliche zum Hausbau notwendigen Materialien in Höhe von mindestens 200 Millionen Franken. Die Zahlung erfolgt in Sachlieferungschecks auf Reparationskonten. Die Verhandlungen mit der Commerz- und Privatbank in Stuttgart sind noch nicht abgeschlossen.

### Amerika soll helfen.

Wie Reuters aus Washington meldet, brachte Britton im Repräsentantenhaus eine Entschließung ein, in der Präsident Harding ersucht wird, im Interesse des industriellen Weltfriedens die ihm geeignet erscheinenden Schritte zu tun, um den sozialen und politischen Frieden in Europa wieder herzustellen. Die Entschließung sagt weiter, der Zeitpunkt erscheine als günstig für eine neue Erwägung des Vertrages von Versailles und der Reparationsfrage. Es sei klar, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich nicht abweislich halten dürfe, bis die europäischen Regierungen sie einladen.

### Beschlüsse des Völkerbundesrats.

WB. Genf, 18. September.

Der Völkerbundsrat beschloß entsprechend dem Antrage Salfours, daß laut Artikel 25 des Palästina-Mandats die Bestimmung über die Bildung der jüdischen Heimstätte sich nicht auf das transjordanische Gebiet bezieht. Der Rat billigte ferner den Bericht des Wirtschaft- und Finanzkomitees des Völkerbundes und beschloß, auf Mai 1923 eine internationale Zollkonferenz nach Genf einzuberufen. Außerdem nahm der Rat den Bericht des polnischen Vertreters Wlasko zur Kenntnis, der die Forderung enthält, daß Polen unter die acht wichtigsten Industriestaaten gerechnet werde, die laut Vertrag ohne weiteres dem Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamts angehören. Die Völkerbunderversammlung nahm einstimmig Ungarn in den Völkerbund auf. Klagen empfiehlt u. a. eine Vermittlungsaktion des Völkerbundes oder andere Maßnahmen zur sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Griechenland und der Türkei zu ergreifen.

### Der Getreidewucher.

Der Preiskampf der Sozialdemokratie gegen den Beschluß des Ausschusses für die Festsetzung des Preises für das Umlagegetreide hat in der Reichspresse einiges Aufsehen erregt. Nichts wird unversucht gelassen, um die Notwendigkeit einer vierfachen Erhöhung des Preises für das erste Umlagegetreide nachzuweisen. Die „Deutsche Tageszeitung“ findet diese vorgeschlagene Erhöhung noch nicht einmal groß genug. Im Reichs-erziehungsministerium denkt man entgegen der Ankündigung des Ministers am Sonnabend auch nicht mehr an eine sofortige Erhöhung der Preise. Man wird einen Vorschlag ausarbeiten, der mit größter Beschleunigung fertiggestellt und dann dem Reichskabinett vorgelegt werden soll. Der jahresweisende Geldwert der Getreidepreise wird als Rechnung getragen werden. Man spricht von einer Verdoppelung der Preise für das erste Drittel des Umlagegetreides und vertritt sich von sich eine Maßnahme einen

# Der Streit um Konstantinopel.

## Englische Kriegsvorbereitungen.

England ist es mit dem Widerstand gegen die Türkei erst. Die englische Regierung hat die Dominions aufgefordert, sie bei der Verteidigung der Meerengen und der Stadt Konstantinopel zu unterstützen. Verstärkungen für die englischen Truppen und Flotte in und um Konstantinopel sind unterwegs. In die Regierung von Griechenland, Südrussland und Rumänien ist die Aufforderung gerichtet worden, die Verteidigung der Meerengen einzuleiten. Eine offizielle Erklärung der englischen Maßnahmen betont, die Freiheit der Meerengen sei eine Lebensnotwendigkeit des britischen Reiches und die Regierung habe dem Befehlshaber der britischen Mittelmeerflotte Anweisung gegeben, den Übergang der Kemalisten auf die europäische Seite des Bosphorus zu verhindern.

Die Frage, die gegenwärtig im Vordergrund steht, ist die, ob sich die Alliierten einem militärischen Eingreifen der Engländer anschließen würden, falls die Türken versuchen sollten, die Meerengen zu überschreiten. Entgegen der in der englischen Note angedeuteten Auffassungen muß diese Frage verneint werden. Italien hat bereits in London wissen lassen, daß es sich an den militärischen Maßnahmen nicht beteiligen wolle, und die Entschlüsse Frankreichs werden allem Anschein nach über ein passives Abwarten nicht hinausgehen.

Ueber die englische Einladung an die Dominions, sich mit Truppen an einer Dardanellenaktion zu beteiligen, verlautet aus Montreal, daß dort größte Ueberraschung herrsche. Es wird darauf hingewiesen, daß dem Parlament allein die Entscheidung darüber zustehe. Auch aus Kapstadt verlautet von ausgesprochener Abneigung gegen die Entsendung südafrikanischer Truppen nach den Dardanellen. Nur aus Australien, das sich ja schon im Weltkrieg oft englischer als England selbst gebärdete, kommt prompt die bedingungslose Zustimmung.

## Rußlands Einpruch.

Besondere Besorgnisse macht den Engländern die russische Sowjetregierung. Die „Times“ behauptet, ein Militärat unter dem Vorbehalt Trojka habe beschlossen, starke Streitkräfte und die Sowjetflotte im Mittelmeer zur Aktion vorzubereiten. Ein russisches Korps sei be-

reits in der asiatischen Türkei, um Kemal Pascha bei seinem Vormarsch auf Konstantinopel zu unterstützen. Die Note, die der russische Volkskommissar Karahan an den englischen Außenminister Lord Curzon gerichtet hat, enthält die Erklärung, daß die Sowjetregierung sich an das Abkommen mit der Angoraregierung gebunden halte, das 1921 in Moskau abgeschlossen worden ist. Dieses Abkommen sehe die freie Durchfahrt durch die Dardanellen ausschließlich für die Handelsflotte aller Nationen vor und reserviere das Recht, ein endgültiges Meerengenstatut zu erlassen, lediglich den Anliegerstaaten des Schwarzen Meeres. Rußland, die Türkei, die Ukraine und Georgien, die fast das ganze Ufer des Schwarzen Meeres besäßen, könnten niemand das Recht zuerkennen, sich in die Lösung der Meerengenfrage einzumischen und würden diesen Standpunkt selbst gegenüber einer durch militärische oder maritime Überlegenheit unterstützten Opposition aufrechterhalten. Rußland lehnt im voraus die Anerkennung irgendeines Beschlusses der etwaigen Konferenz von Venedig ab. Die Türkei verteidige ihre Unabhängigkeit gegen die vernichtenden Bestimmungen des Vertrages von Sevres und habe die volle Sympathie Rußlands.

## Englands militärische Rüstungen.

U. Amsterdam, 19. September.

Aus London wird gemeldet: In London fanden gestern zwei Ministerkonferenzen statt, in denen die Fragen des nahen Ostens in Gegenwart der Chefs der Flotte, der Armee und des Flugdienstes besprochen wurden. Es wurde beschlossen, daß die bereits auf dem Wege nach den Dardanellen befindlichen Verstärkungen der Armee, der Flotte und des Luftdienstes im Notfall von England aus vergrößert werden sollen, obwohl die Regierungen von Australien und Neuseeland bereits für den Notfall ihre Unterstützung angeboten haben. In England sind bereits mehreren Truppenteilen nähere Befehle zugegangen.

## 120 000 Opfer in Smyrna.

Athen, 18. September.

Die Flüchtlinge aus Smyrna berichten, daß bei dem Brand der Stadt 120 000 Menschen ums Leben gekommen sind.

Erfolg insofern, als dann die Ablieferung flatter vor sich gehen wird. (17) Die Bepflanzung des Augsburgs Parteitag über diese Frage und die zu erwartende Rundgebung des Unabhängigen Parteitages zu derselben Angelegenheit dürfte den Agrariern die Erkenntnis bringen, daß die Arbeiterklasse keineswegs gewillt ist, sich ihrem Preisdiktat, ihrer Hungerblockade zu beugen.

## Die kommunistische Sturmglöck.

Am Sonntag ist in Berlin der „Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte“, für den die Kommunisten schon seit 14 Tagen Himmel und Hölle in Bewegung setzten, zusammengetreten. 189 Delegierte sind zugegen gewesen. Davon sollen 138 der SPD, 16 der USPD, 5 der KPD und 34 keiner Partei angehört haben. Wenn man von den langen mit reichen Phrasen geschmückten Reden absteht, kann man als das Ergebnis der Beratungen nur einen Aufruf „An die Arbeiter, Angehörigen und Beamten“ feststellen. Nach diesem Aufruf haben „Wir, die Beauftragten der Arbeiter aus allen Teilen des Reiches“ beschlossen, zum 22. Oktober einen Betriebsräte-Kongress einzuberufen. Die Delegierten sollen durch Urwahl in den Betrieben gewählt werden. Dem ADGB ist bis zum 28. September Zeit gegeben worden, sich diesem Schritt anzuschließen. Die drei Arbeiterparteien werden aufgefordert, zur nächsten Sitzung am 24. September Vertreter zu entsenden. Natürlich enthält der Aufruf auch Forderungen. Es sollen örtliche Kontrollausschüsse gebildet werden, denen durch Volksversammlungen der Betriebsräte, durch Betriebs- und Betriebskongresse der Einzelbetriebe und Wirtschaftsbetriebe eine breite Basis gegeben werden soll. Ueber die eigentlichen Aufgaben der Kontrollausschüsse wird gesagt: „Ihr habt alle begriffen, daß diese Lohnverhöhrungen Euch mühselig nützen. Das Uebel muß an der Wurzel gefaßt werden. Ihr müßt die Preisbildung beeinflussen können, und das könnt Ihr nur, wenn Ihr die Produktion selbst überwachet.“ Weiter heißt es: „Erzwingt die Anerkennung der örtlichen Kontrollausschüsse! Verlangt Einblick in die Geschäftsbücher! Veröffentlichen jeden Mißbrauch, den Ihr findet! Das ist die beste Vorbereitung für den Betriebsrätekongress. Am 1. Oktober sollen in ganz Deutschland gewaltige Demonstrationen in den Straßen, in denen die Bourgeoisie haust“ veran-

staltet werden, um den Säulen und Pfosten zu zeigen, daß die Arbeiterklasse bereit ist, alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen und für die Durchsetzung ihrer Forderungen alle Mittel anzuwenden.

Schließung der Berliner Kinos. Der Hauptauschuß der Berliner Lichtspieltheater teilt mit, daß die Berliner Kinos vom nächsten Freitag ab geschlossen werden, da Magistrat und Stadtverordnetenversammlung es abgelehnt hatten, in irgendwelche neuen Verhandlungen wegen der Luftbarkeitssteuern einzutreten. Es werden etwa 6000 Angestellte entlassen. Der Ausfall an Luftbarkeitssteuer wird täglich rund 1 1/2 Millionen Mark betragen.

Unternehmerhochmut. Am Montag ist durch einen Anschlag der Belegkassette in polnischer Oberstufe gelegenen Wisniamark die Bekanntheit gegeben worden, daß infolge der letzten Ausschreitungen, besonders der Mißhandlung des Direktors Kalbhorn, und des dauernden Windertrages die ganze Belegkassette fristlos entlassen ist und daß das Betreten der Betriebsanlagen gerichtlich geahndet wird.

Lohnkontrolle am Rhein. Die interalliierte Kommission hat sich in die Lohnverhandlungen mit den Eisenbahnern eingemischt, deren Bezüge für zu niedrig erklärt und dem Präsidenten der Eisenbahndirektion Köln vorgeschlagen, drei ihrer Mitglieder in einen Schlichtungsausschuß zu entsenden, der mit drei Eisenbahnern die strittige Lohnfrage gemeinsam verhandelt und vertritt.

Wilhelm auf Freierstücken. In der Presse spukt seit längerer Zeit die welterschütternde — von den Lübeckischen Anzeigen heftig bekämpfte — Nachricht, daß sich der ehemalige deutsche Kaiser wieder verheiratet wolle. Nun meldete der Generalbevollmächtigte des königlichen Hauses Wirklicher Geheimer Rat von Berg: „Seine Majestät der Kaiser“ haben sich entschlossen, eine neue Ehe einzugehen und werden voraussichtlich im November d. J. die verwitwete Prinzessin Hermine von Schönau-Carolath geb. Keuz ältere Linie als Gattin heimzuführen. — Weil, Kaiser Dir!

Der kommunistische Parteitag, der vom 1. bis 3. Oktober in Halle stattfinden sollte, ist, wie die „Z. N.“ aus parlamentarischen Kreisen erfährt, verschoben worden. Er wird voraussichtlich in diesem Jahre nicht mehr stattfinden.

Gerard, der frühere Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin ist im Alter von 70 Jahren gestorben.

# Der Sprung in die Welt.

Ein Jung-Arbeiter-Roman von Erich Zidler.

11. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Der Gang wurde jugenagelt, mit schallenden Schlägen, der Mann hatte sich ja gewendet. So sprangen sie langsam über den knirschenden Reis, die Träger waren, der Pastor und der Mann mit den Kindern. Die Luft war still.

„Die Glocke“, fragte der Pastor, „hören sie die Glocke?“ Ja, sie war zu hören, dünn und kläglich, zudem noch weh her.

„Danke!“ sagte der Mann kurz und sah nicht auf. Der Geistliche fragte nach der Verfassung, nach ihren Gewandheiten, nach dem Grunde ihres Todes. Das tat dem Mann wohl, er gab Befehle.

Die Sonnenstrahlen fielen schräg über die Grabsteine, die Schatten der Lebensbäume waren lang, ein kleiner Wind war aufgehoben und trug das Winzeln der Glocke etwas einbringender herüber zum Grab. Die Kinder fanden im ausgeworfenen Sand, das Gesicht der Sonne zu, mit großen fragenden Augen und offenen Mündern. Der Pastor erzählte mit einer Getragenheit, die ihn noch kleiner machte, dasselbe von der Toten, was er vorher vom Mann gehört hatte.

Der hatte den Kopf zwischen den Schultern wie einer, der friert. Dazu das Gesicht verkniffen, daß es hätte, als grünte er vor sich hin. Als er Erde in die Grube geworfen hatte, er die Grube wohl nicht ganz geöffnet, denn sie war noch voll Erde, als der Pastor ihm die Hand drückte wollte.

In milchigen Dingen lag die Straße heimgenau. Wenn er stehen blieb, lagen ihm die Kinder an und zogen ihn gelinde vorwärts, denn sie waren fröhlich. Hans ließ nebenher und sah nur immer das Gesicht der Mutter, das in den offenen Himmel wie in die nahe Heimat schaute.

XX.

Die Pflanzzeit der Vogelkämpen künftigen ansgespartene Helle über die Bahnhofsge, Dampfmaschinen zogen durch die weite Halle, in deren Wandungen sich alle Geräusche zerlegten und wiederholten.

Kreischend zogen die Räder an. Noch einmal umlagte sie ihm die ohnehin Gesicht des Mannes, der er einkam gerollt, dann trat Hans vom Fenster zurück, der Zug fuhr in die Nacht. Laß Hans die Gasflamme im Wagen. Kubi verstand die beiden Kinder, die alles aufstießen, was sie hörten, einige Paar

Handen und Strümpfe, etwas Bewegung, ein paar Hände voll Süßer. Die Räder schlugen eintrötigen Takt, die Kindheit, ihre Heimat, ihre Vergangenheit, alles, was bisher gewesen war, verlor hinter ihnen, vor ihnen lag die Zukunft, dunkel wie die Nacht, durch die sie eilten, und doch voll Schimmer und Glanz der Träume und Erwartungen, denen sie ihre Jugend verschoren hatten. Sie dachte an keinen Schlaf, die Augen brannten ihnen von der Lust zu leben und zu hoffen; so heiß waren ihre Stimmen, daß sie ihre Köpfe an die kalten Scheiben preßten, hinter deren die Zirkelkreis in phantastischen Konturen arbeitete.

Als der Morgen dämmerte, rotig-grau, näherten sie sich der Reichsstadt. In Wellen floß die Landwirtschaft, Stationen kamen und gingen, erstes Vorgesandte der Kleinstadt räumte auf, einzelne Mietshäuser, von Geländestreifen unterbrochen, dann endlose Reihen von Häusern, Garagen, Lagerhäuser, die ersten Straßenbahnen — Berlin! Das Klotz hatte sich gefüllt mit Arbeitermassen, das den Geruch von Rauchschweiß und Tabakrauch mit hereinbrachte, dazu der Lärm fremden Dialekts.

Die erregende Stadt nahm sie auf. In der Barockhalle kamen sie Kasse getrunken, und nun schlenkerten sie längs des Sprechsaals dem Biergarten zu. Die Götter auf der Siegesallee blühte in der Morgenluft, das Dach des Reichstages funkte, Vogel zwischener im knispenden Gewoge der Anlagen, der Bombenburger Tor wirtschafteten die Straßenreiner. Unter den Kindern marschierte das geschäftige Früh-Berlin, eilende Kontrollanten und junge Barockkinder, die ihren Handelsstätten zuweilen, Verkaufstischen und Placatmännern, Radfahrer, Zeitungshändler und behäbige Kaufleute mit blassen Ledermappen. Einmalige hielten über den Asphalt, Kraftwagen bellten hintereinander her, Räder klagten, Knäpfer manövrierten ihre Gänge auf, und die Motoren der Straßenbahnwagen jagten. Die Kolläden nach Linen der Geschäfte stießen sich — wie zum Empfang der beiden Freunde, die der Rausch der Freude durch die Straßen zog. So vergangen die zwei Stunden im Fluge, die sie für die Straße durch Berlin vorgetrieben hatten, zu keine Sekunde zu früh langten sie an dem letzten Bahnhof in der Jag, der wieder ins grüne Land hinauswies, wo die Räder dämmerten, hielten in den Koppeln sprangen und die Telegraphendrähte abschlugen am Fenster auf und wieder knippen. Die Wagen waren verpackt mit Wandernern des Orients, die in Hamburg aus den Fugen auf die Docks und von da ins Jungferndorf der Amerika-Gänge gelangten wollten. Die Luft der armen Leute, Kindergeheul und Wittergeruch, heftiges Röhren in unbekannter Sprache, heftiges Gedröhle einer Jägerarmee. Draußen die helle Frühlingssonne auf mitleidigen Sand, grüne Dörfer, stille Gassen, weiches Gedröhle. Frauen sprachen gleichzeitig die Brust und

stülten ihre Kinder, die darüber ihren lauten Weltknecht verlagten, in einer Ecke wurden Karten gespielt, und wenn den Kleinen das Unmerkwürdige ankam, hielt sie der kreisförmige Vater aus dem Fenster. So wurde es Mittag und Nachmittag, die Stationshäuser saßen sich zum Verweilen ähnlich — bis wieder städtische Ballons mit bunten Wägen wirbelten, der Horizont sich verengte, Rauch und Dunst sich woben und der Zug in der braunenden Halle des Hamburger Hauptbahnhofes zum Stillstand kam.

Voll wohliger Müdigkeit strichen die Freunde durch den Hamburger Frühlingabend. Gloden sangen, verliebte Jungpaare wandelten durch die Anlagen des Bebenbinderhofes, auf dem Sportplatz lag der Faustball, verschwiegen dämmerte es, Lampen blitzten auf, die Mädchen und Burshen auf den Bänken rückten zusammen, auf einmal war der knist lachende Mond am Himmel. Die Freunde kehrten zur Herberge zurück. Aus dem weitgeöffneten Fenstern der Wirtschaft dröhnte mancherlei Gesang.

... so'n Bott voll Stuben im Poten  
un'n festig Stück von Swin,  
Speckerten un' Bohnen —  
so Junge smed dat fin!  
No Junge, Junge, Junge — smed dat fin!

Hans und Kubi sumten den Resten mit „No Junge, Junge, Junge...“ und aßen dazwischen Grünwurst mit Brot und tranfen helles Bier. Um zehn Uhr trieb die Herde in den Schlafsaal, der hohe Fenster hatte, durch die der Mond und die Bäume hereinstrahlten — alles recht und gut so.

XXI.

Einen vollen Tag hatten sie Hamburg durchwandert, um Arbeit zu suchen. Am Arbeitsnachweis in der Nähe des Heiligen-geistes lag es trocken aus. Hunderte von Arbeitslosen umlagerten das Tor vor der Eröffnung, die meisten warteten schon seit Monaten auf Zumeisterung. Traurige und hoffnungslose Gesichter, zerfissene und verwehte Kleider. Erst nach einer Stunde kamen die Freunde an den Schalter und erhielten eine gelbe Karte. Ob man bald auf Arbeit rechnen könne...? Der Beamte lachte nur. So verließen sie es auf eigene Faust, rannten von Speicher zu Speicher, von Fabrik zu Fabrik. Durch den Elbtunnel liefen sie zu den Werken von Blohm u. Vogt, auf den Werften fragten sie herum — ausichtsloses Bemühen.

Abends hockten sie am Baumwall auf dem Raigeländer und betrachteten.

(Fortsetzung folgt.)



# Dr. Heim als Reichsverstörer.

Die Redaktion der „Glocke“ schreibt in ihrer Nr. 25 vom 18. September: „Herr Dr. Georg Heim, der Führer der bayrischen Volkspartei, legt jetzt in Bruttionen Bekennnisse seiner Reichstreue ab. Die Behauptung, daß er selber noch vor kurzem die Lösung Bayerns vom Reich, die Wiedererrichtung des Reichsbundes unruhigster Erinnerung unter französischem Protektorat, die Schaffung eines katholischen Alpenstaates durch Verjämmerung Bayerns mit Deutsch-Österreich erstrebt habe, verweist Dr. Heim lächelnd in das Reich der Fabel. Wer wird ihm nicht glauben? Ein Mann, der so waschecht in der Mundart des Joseph Jäger poltert, ein Mann, der in unwürdiger Anorrigkeit bajawarische Saugrohheiten auf jeden Widersprechenden schleudert, er muß doch ein Muster germanischer Treue und Bedenklichkeit sein.“

Nein, dieser „Bauern doktor“ lügt nicht. Wer sich überzeugen will, wie Herr Dr. Heim in unwandelbarer Treue stets zum Reich gestanden, wie er nie und nimmer an eine Loslösung Bayerns vom Reich (lies: an einem kompletten Landesverrat) gedacht hat, der lese den Artikel des Dr. Georg Heim, erschienen im „Bayrischen Kurier“ vom 1. Dezember 1918 (Nr. 334).

In dem Artikel Heims werden zunächst einige Stimmen aus Tirol und Salzburg zitiert, die eine Vereinigung dieser Länder mit Bayern behandelten, dann wird ausführlich für Bayern zu diesem Thema Stellung genommen. Dr. Georg Heim, M. d. R., sagt in seinen längeren Ausführungen wörtlich folgendes:

„Auch wir vom bayrischen Standpunkt aus müssen den engsten Zusammenhluß von Bayern, Böhmen, Tirol, Steiermark, Oberösterreich wünschen. Abgesehen von der Stammeszugehörigkeit, dem gleichen Volkscharakter, dem gleichen Empfinden, ist diese Gruppierung vom wirtschaftlichen Standpunkt aus für Bayern außerordentlich wertvoll.“

Ferner: „Wenn feststeht, daß die Alliierten niemals zugeben werden, daß das alte Deutschland durch Österreich vergrößert wird, dann hat Bayern nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten. Entweder es bleibt im Gefolge des alten Reiches, dann muß es auf diese glänzende Perspektive verzichten, oder Bayern vollzieht und erstrebt diesen Anschluß.“

Meiner Ansicht nach kann nur das Letztere in Betracht kommen.“

Er schildert dann, daß Norddeutschland, ebenso wie Deutsch-Österreich dem internationalen Sozialismus und der Verwahrlosung preisgegeben sei, und verlangt: „Es ist notwendig, daß wir uns abgrenzen von dem Eiterherd und Süd- und Westdeutschland abspalten.“

Italien werde, so meint Dr. Heim, aus eigenem Interesse gern bereit sein, dem neuen Staat in Triest, das zum Freihaufen erklärt werden würde, einen Zugang zum Meer zu gewähren. Die radikalen Elemente in Norddeutschland werden Deutschland immer tiefer in eine falsche Wirtschaftspolitik treiben. „Es wird ein Auflösungsprozess werden, gefördert durch Korruption, wie sie in den schlimmsten kapitalistischen Zeiten nicht erlebt wurde. Damit ist die große Gefahr der Verarmung verbunden und die noch größere Gefahr, daß das Ausland in den Besitz unserer Reichtumsquellen und unserer wirtschaftlichen Kräfte kommt. Bayern muß sich schon aus diesem Grunde mit der Hoffnung späterer Wiedereinigung unbedingt abtrennen und von dem wirtschaftlichen Zerfallsprozess durch die eigenen Volksgenossen isoliert wie möglich freihalten. Neheliche Erwägungen haben bereits in den übrigen deutschen Bundesstaaten Boden gewonnen, selbst bis in die Reihen der alten Sozialdemokraten hinein. Ich erinnere an die sehr deutlichen Befürchtungen von Hessen, Baden, Württemberg und erinnere ferner an die Bewegung in der Rheinprovinz und in Hannover. Bei einer derartigen Neugruppierung Deutschlands wird die Entente einer Angliederung der Deutschen Österreichs keine Schwierigkeiten entgegensetzen, und ich halte diesen Neuanhluß der Deutschen Österreichs an Bayern als besonders im bayrischen Interesse gelegen. Es ist die Rettung und die Zukunft Bayerns, die einzige Möglichkeit für ein Wiederaufblühen des Wirtschaftslebens in Bayern, die einzige Rettung vor einer Verarmung Bayerns.“

Heims hochverräterisches Treiben geht auch aus Berichten der ausländischen Presse hervor. So wurde uns vor einiger Zeit von einem Lübecker Herrn der „St. Luis Star“ vom 23. Juli zur Verfügung gestellt. Dort wird in einem längeren Artikel die französische Taktik bloßgelegt, die darauf hinausgeht, das Deutsche Reich zu zerschlagen und zu diesem Zwecke Uneinigkeit in die Einzelstaaten zu tragen. Es wird von einem Komplotz gesprochen und gesagt, daß Joch über geheime Unterhandlungen des Rates berichtet habe. Es habe sich um ein Gespräch Dr. Heims aus Bayern gehandelt, welcher sich in Wiesbaden bei den Rheinland-Verschwörern aufhielt, um dort mit einigen französischen Vertretern in Beratungen einzutreten.

Heute gewinnen diese Mitteilungen wieder an Wert durch Pariser Telegramme, die die obigen Behauptungen erhärten. So veröffentlicht die bürgerlich-radikale „Ere Nouvelle“ einen aufsehenerregenden Artikel über die guten Beziehungen zwischen der deutschen und der französischen Reaktion und belegt diese Behauptungen mit Auszügen aus zwei Berichten, die dorten an seine politischen Freunde in Frankreich gelangt hat, und von denen das Blatt einen als einen Geheimbericht bezeichnet. Aus diesen Berichten gehen die hochverräterischen Intrigen Dortens von neuem klar und deutlich hervor. Sie enthalten aber auch einige recht beachtenswerte Behauptungen, die ein eigenartiges Licht auf die Beziehungen werfen, die dorten angeblich zu deutschen Politikern hat. So wird in diesen Berichten erklärt, daß der Führer des bayrischen Bauernbundes, Dr. Heim, und das ehemalige Mitglied der bayrischen Königsparlei, Graf Boshmer, in ständiger und enger Fühlung mit dem Fürsten Hohenberg und Dorten selbst ständen. Die regelmäßigen Zusammenkünfte fanden entweder in Darmstadt, Mainz oder Wiesbaden statt, und auch zwischen Dorten und Herrn von Dannenberg wäre es wiederholt zu eingehenden Beratungen gekommen.

Diese Mitteilungen werfen ein bezeichnendes Licht auf die Reichstreue Dr. Heims. Heim hat zwar alle separatistischen Absichten bestritten, aber der Artikel der „Ere Nouvelle“ stellt erneut seine innigen Beziehungen zu Dorten und seine wiederholten Verhandlungen mit diesem fest.

## Die private Zwangswirtschaft.

In immer weitere Kreise dringt die Erkenntnis, daß wir längst nicht mehr in der vielgepöbelten freien Wirtschaft, sondern in einer Kartell- und Syndikatszwangswirtschaft rückwärtslebender Ari leben. So schreibt die volksparteiliche „Zeit“:

„Aber ist denn die Wirtschaft, die wir heute treiben, wirklich das Ideal einer freien Wirtschaft? Wo ist denn der Kaufmann frei in dem Bezuge seiner Ware? Wo ist denn der freie Wettbewerb, den wir früher gekannt haben? Das was im kaufmännischen Leben den Ansporn gab, nämlich die Uebernahme eines Risikos, ist heute im Zeitalter der Preisrollen für den Lieferanten in dem Maße ausgeschlossen, daß von einem wirklich freien Wettbewerb gar nicht mehr die Rede sein kann. Mehr und mehr werden die

Direktoren unserer Werke und unsere Kaufleute von dem Standpunkt des Kaufmanns herausgedrängt und lediglich zum Selbstkostenberechner herabgewürdigt. Sofortige Bezahlung wird verlangt; es gibt weder ein Kalkulations-, noch ein Absatz-, noch ein Kreditrisiko. Die Folge aber ist die Stagnation der Wirtschaft und die private Zwangswirtschaft an Stelle der staatlichen.“

Dabei darf nicht vergessen werden, daß die rückwärtslebendsten Vorkämpfer der privaten Zwangswirtschaft politisch zur Deutschen Volkspartei zählen. Die „Zeit“ hat überdies vorgetragen, ihrer Kritik hinzuzufügen, daß die staatliche Zwangswirtschaft die Preise drückte und das Allgemeinwohl im Auge hatte, während die private Zwangswirtschaft ihre Forderungen nach dem Dollar richtet und den persönlichen Vorteil über alles stellt.

## Ein Schutzgesetz für Karl den Großen.

Ein charakteristischer pädagogischer Streik hat jetzt durch die Entscheidung des preussischen Unterrichtsministers Dr. Boelck sein Ende gefunden. Der sozialdemokratische Berliner Studienrat Dr. Erich Witte hatte sich erlaubt, im Geschichtsunterricht das Verhalten Karls des Großen zu kritisieren, der die Sachsen zwangsweise zum Christentum bekehrte. Die gewaltsame Bekehrung, so hatte Witte ausgeführt, widerspreche dem Wesen des Christentums und dem Willen Jesu, der die Verbreitung seiner Lehre durch das Wort und nicht durch das Schwert gepredigt hat. Zur Erläuterung setzte Genosse Witte dann auseinander, daß Karls Handlung ebenso wenig zu verteidigen sei, wie die während des Krieges von annexionsistischer Seite erhobene Forderung auf Einverleibung Belgiens in das Deutsche Reich gegen den Willen der Bewohner.

Dadurch hatten sich zwei dem Deutschnationalen Jugendbund angehörende Schülerinnen gekränkt gefühlt, außerdem noch durch den Satz, daß die deutschen Fürsten oft das Blut ihrer Untertanen ehrgeizigen Zielen geopfert hätten. (Genosse Witte hätte sogar ruhig sagen können: dem gemeinsten Eigennutz geopfert, wie die Verschönerung von Landesfürsten als Kanonensucher an England durch deutsche Fürsten beweist). Die Folge war ein hochnotpeinliches Verfahren, wie wohl geschichtliche Kritik an dem Verhalten deutscher Fürsten selbst unter dem alten System nicht gänzlich ausgeschlossen war, — oder wie hat man damals über den Rheinbund unterrichtet?

Auf alle Fälle mußte sich Witte wegen seines Vergleiches mit Belgien rechtfertigen. Er berief sich dabei auf Artikel 2 der Reichsverfassung, wonach andere Gebiete in das Reich nur aufgenommen werden sollen, wenn es die Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts begehrt. Vor allem aber berief sich Witte auf den Artikel 148 der Reichsverfassung, wonach der Unterricht im Geiste der Volkserziehung zu erteilen ist. Trotzdem kam das Provinzialschulkollegium dazu, dem Studienrat Witte seine Mißbilligung auszusprechen, weil er nach der Auffassung des Provinzialschulkollegiums „Politik“ in den Unterricht hineingetragen habe.

Auf die Beschwerde Wittes hat jetzt der Unterrichtsminister Dr. Boelck diese Entscheidung aufgehoben und festgesetzt, daß der Artikel 148 der Reichsverfassung, praktisch geltendes Recht ist, daß also einem Lehrer kein Vorwurf daraus gemacht werden kann, wenn er im Sinne der Völkerverehrung Unterricht erteilt. Wir erwarten hierauf Lobhudeleinbrüche aller derer, die das Schutzgesetz für die Republik nicht heftig genug schmähend können, aber monarchistischen Säus selbst noch bis hinauf zu Karl dem Großen verlangen!

## Darf der Arzt töten?

Die Frage, ob es dem Arzt gestattet sein soll, unheilbar Kranke auf ihren Wunsch vom Leben zu befreien, hat die Definitivität wiederholt beschäftigt. Auch der verstorbene verdiente Jurist Binding behandelte das Problem in einer Abhandlung, die von dem Freiburger Mediziner Hoche der Definitivität übergeben worden ist (Binding-Hoche: „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“, Verlag von Weidner, Leipzig 1920). Binding ist ein Befürworter einer gesetzlichen Regelung in diesem Sinne und geht so weit, in gewissen Fällen, wie bei unheilbar Blödsinnigen, die Vernichtung des Lebens auch ohne Einwilligung des Kranken zu empfehlen. Hoche schießt sich dem vom ärztlichen Standpunkte aus an. In der „Deutschen Strafrechts-Zeitung“ (1922, Heft 7/8) veröffentlicht nunmehr Stadtrat Borchardt-Bieganski einen Gesekentwurf, der sich speziell mit dem Anspruch der Definitivität auf Tötung der unheilbar Blödsinnigen beschäftigt.

Uns scheint es zwecklos, Betrachtungen darüber anzustellen, welche Werte der Allgemeinheit erhalten bleiben, wenn man ihr die Unterhaltungskosten für diese Kategorie von unheilbaren Kranken durch ihre Tötung erspart. Zunächst müßten sich die Gesetzgeber erst einmal darüber einigen, was man unter unheilbar Blödsinnig versteht. So berechnet Hoche die Zahl der Totgemeinen auf 3000 bis 4000, während Borchardt von 15000 spricht. Schon dieser Unterschied zeigt, welchen Willkürlichkeiten in dieser Frage die Tür geöffnet würde. Für die Irren und ihre Angehörigen würde die Irrenanstalt eine Folterkammer, in der man stets einen willkürlichen Tod vor Augen hätte.

Aber nicht nur bei den unheilbar Blödsinnigen scheint uns eine Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens unheilvoll zu sein; wir glauben die Forderung als solche verneinen zu müssen. So hoch man auch immer den Arztstand als solchen einschätzen mag, in der Praxis müßte man mit Fällen rechnen, in denen aus verbrecherischer Absicht dem Leben Kranker ein Ende gemacht würde. Selbst wenn sich durch strenge Strafbestimmungen diese Fälle auf ein Minimum einschränken ließen, müßte das Vertrauensverhältnis des Patienten zu seinem Arzt doch erschüttert und ein Moment der Unruhe in die Definitivität getragen werden, das schwerer wiegt, als die Vorteile der von Binding gewünschten Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens.

## Oberst v. Rylander als Hatzprediger.

In Pommern erscheint als Organ des Deutschnationalen Jugendbundes „Bismarck“ ein Blatt unter dem Namen „Der Waffenmeister“. Dieses Blatt berichtet in seiner Nr. 2 von einer Rede, die der Deutschnationale Münchener Oberst v. Rylander auf der pommerschen Tagung des Deutschnationalen Jugendbundes gehalten hat. Er sagt danach u. a.:

„Ihr müßt wissen, Ihr müßt auch wissen lernen. Es ist in Wirklichkeit nicht unchristlich... Dieser Satz ist heilig. Sagt gegen alle, die uns geknechtet haben, die uns verfluchen wollen, sagt gegen alle, die unser Volk so elend gemacht haben, sagt auch gegen die, die keine Deutschen sind, die man nicht lieben kann, die unser Volk vergiftet haben. Sie, die in planmäßiger Arbeit die Revolution begonnen haben, müßt Ihr auch wissen.“

Wenn die deutschnationale Jugend unter Duldung und Förderung der deutschnationalen Parteiorganisation in solcher Weise aufgesetzt wird, dann brauchen sich die deutschnationalen Parteiverantwortlichen nicht zu wundern, wenn die jungen Leute den Satz, den man ihnen einimpft, in die Praxis umsetzen.

## Aus dem Sowjet-Paradies.

10 dänische Kronen — 20 Millionen Sowjetrubel.

Wie „Social-Demokraten“ mitteilt, hat ein in Odessa wohnender Däne, der sich früher in Rußland aufgehalten hat, durch Vermittlung des Roten Kreuzes an einen Freund in Rußland ein Paket mit Lebensmitteln geschickt, wofür er 10 Kronen gezahlt hatte. Der Freund bedankte sich in einem Briefe, worin er gleichzeitig mitteilte, daß die Lebensmittel einen Wert von 20 Millionen Rubel hätten. Das Paket enthielt 17 1/2 russische Pfund Mehl, 2 1/2 Pfund Fett, 2 1/2 Pfund Zucker, 400 Gramm Tee und 4 Dosen kondensierte Milch. In Rußland kosten diese Sachen:

Mehl 500 000 Rubel das Pfund	8 750 000
Milch 825 000 Rubel die Dose	3 300 000
Fett 1 200 000 Rubel das Pfund	3 000 000
Zucker 1 000 000 Rubel das Pfund	2 500 000
Tee	2 500 000

reichtlich 20 000 000

Der Empfänger hatte vor dem Kriege ein Einkommen von monatlich 500 Rubel. Jetzt hat er monatlich 127 Millionen gleich 30 Goldrubel. Danach gehört er also noch lange nicht zu den Russen, die am schlechtesten gestellt sind.

## Volkswirtschaft.

Die bedrohte Produktion.

Die Entwicklung am Devisenmarkt hat sich beruhigt, die Schwankungen der Mark sind trotz der gespannten politischen Auseinandersetzungen mit Belgien relativ gering. Inzwischen strebt die innere Wirtschaft den neuen, mit der Marktaufnahme gewaltig in die Höhe getriebenen Weltmarktpreisen zu. So die Erhöhung des Preises für Umlagegetreide. Auch wenn man ohne weiteres zugestimmt, daß die allgemeine Geldentwertung mit ihrer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionskosten eine Erhöhung der Preise für das zweite und dritte Drittel der Umlage gerechtfertigt erscheinen läßt, so ist die Erhöhung für das erste Drittel rechtlich wie wirtschaftlich unhaltbar. Gegen das vorige Jahr erhöhten sich bis jetzt in der Landwirtschaft die Löhne auf das 6-7fache. Der Preis für Umlagegetreide hat sich aber um das 8fache erhöht. Wichtig ist, daß die Preise für künstlichen Dünger stark gestiegen sind. Aber vorläufige Landwirte hatten die Möglichkeit, sich noch im Sommer wenigstens mit Kali zu Preisen einzudecken, die noch einen Bruchteil der jetzigen betragen, und man hat auch davon weitgehender Gebrauch gemacht. Stellt man sich noch in Rechnung, daß die Preise für Düngstoffe und Maschinen gewaltig gestiegen sind, so finden alle diese Teuerungsmomente beim Landwirt einen überreichen Ausgleich dadurch, daß für freies Getreide jetzt der 27fache Preis des vorigen Jahres erzielt wird. Eine sachliche Veranlassung der Preiserhöhung liegt also nicht vor. Die Gründe, die die Landwirtschaft dafür geltend macht, können also nur politische sein.

Die Teuerungswelle, die auf einzelnen Gebieten durch die ruhigere Bewegung der Mark etwas abgeebbt ist, ist noch längst nicht am Ende. Bis jetzt — und von bescheidenen Diensten des Kapitals auch heute noch — pflegte man die Preisfrage als eine reine Verbraucherangelegenheit anzusehen. Inzwischen ist, wie vielfache Berichte aus der Industrie und eine leichte Anspannung des Arbeitsmarktes bereits zeigen, die Kaufkraft der Bevölkerung erschöpft, und man rechnet vielerorts mit Produktionsbeschränkungen. Die Kreditnot tut das ihrige, um die Lage noch mehr zu erschweren. Wird aber die unter mannigfachen Kämpfen mühevoll gestiftete Kaufkraft des Volkes weiter herabgemindert, so muß eine Steigung des industriellen Absatzes die Folge sein. Damit ist aber die Produktion bedroht. Der verhältnismäßig niedrige Preis der niedrigen Eisenhaltart und vor allem die intensive Arbeit der Rotenpresse waren es ja, die es ermöglichten, die Löhne immer wieder unter denen des Auslands zu halten. Jetzt erleben wir, daß die Rotenpresse dem Geldbedarf nicht folgen kann, daß die Kredite infolge des Entwertungsrisikos, das mit ihnen verknüpft ist, immer schwieriger und kaum erhältlich werden, und daß die Kaufkraft der Bevölkerung trotz der Steigerung der Papiergeldlöhne nachläßt, der Inlandsmarkt für viele Waren nicht mehr so umfangreich ist wie bisher. Daraus entsteht die Gefahr ganz umfassender Produktionsbeschränkungen. Die Beratungen des Reichswirtschaftsrates aus der letzten Zeit lassen ebenso wenig wie die Rundgebungen der wirtschaftlichen Verbände erkennen, daß man diese Gefahr nicht sieht. Es ist bisher, dank der jänkenden Valuta und der trefflichen Arbeit des Rotenapparates noch immer glimpflich abgegangen: die Arbeiterschaft litt, der Rentner wurde enteignet, aber große Teile der Bevölkerung retreated ihre Kaufkraft, selbst auf Kosten des Produktionskapitals — wie die Nutznießer der hohen Dividenden und Zugestrichle — oder auf Kosten der Verbraucher, wie die Landwirtschaft und manche Teile des Handels und der Industrie. Vielleicht geht es auch diesmal noch ohne größeren Schaden für die Beschäftigung des deutschen Volkes vorüber. Vielleicht aber — und dafür spricht bereits ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit — ist jetzt der Wendepunkt schon da. Dann aber droht die Gefahr der Arbeitslosigkeit zu all dem übrigen Elend, das selbst schärfste Wachstums- und Teuerungssaktionen nicht bannen können.

Es ist hohe Zeit, daß die verantwortlichen Führer der Wirtschaft — und nicht nur die Behörden — mit diesen Gefahren rechnen, sich auf sie vorbereiten. Wäre das der Fall, so würde man nicht so leicht den Herzen einer Verteuerung des Brotes das Wort reden, während am Horizont die ersten Anzeichen der Absatzkrise auftauchen, die mit dem erneuten Angriff auf die Kaufkraft des verbrauchenden Volkes sich noch verschärfen muß.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 19. September.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		18. Septbr. 16. Septbr.	
Amsterdam	100 fl.	57428.10	57128.50
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	10661.65	10661.00
Kristiania	100 Kr.	25218.40	24818.00
Kopenhagen	100 Kr.	31061.10	31560.00
Stockholm	100 Kr.	39051.10	39051.00
Helsingfors	100 finn. Mk.	3235.95	3196.00
Rom	100 Lire	6217.20	6317.05
London	1 £	6591.75	6546.80
New York	1 Doll.	1490.63	1485.64
Paris	100 Frs.	11260.90	11285.80
Zürich	100 Frs.	27865.10	278.65
Madrid	100 Pesetas	22396.95	22471.00
Wien	100 K.	1.95 1/2	2.03
Prag	100 K.	4893.85	4744.05
Budapest	100 K.	58.92	59.92

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Feuilleton: H. Hermann Bauer; für den übrigen Teil: August Schulz; für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.



**Amstlicher Teil.**

Für die Dauer der gleichzeitigen Abwesenheit des Bürgermeisters D. Dr. Neumann und des Senators Löwig hat Senator Dr. Stöck den Vorsitz im Senat übernommen. (7067)

**Bekanntmachung.**

Auf Grund des § 21 des Gesetzes zum Schutze der Republik verbiete ich hiermit das Erscheinen und die Weiterverbreitung der in München herausgegebenen Wochenchrift "Friedricus" für das lübeckische Staatsgebiet auf die Dauer von 6 Monaten. (7044)

Lübeck, den 18. September 1922.

Das Polizeiamt.  
Mehrlin,  
Senator und Polizeiherr.

**Feststellungsverfahren für Öffnungen in Grenzwänden.**

Nachdem die Bauordnung vom 19. Februar 1919 am 1. Oktober 1919 in Kraft getreten ist, wird auf die Bestimmung des § 55 Ziffer 1 dieser Bauordnung hingewiesen. Nach dieser Bestimmung muß zur Sicherung des Nachweises über das Bestehen von Öffnungen in Grenzwänden, die in der Stadt vor dem 1. April 1854, in den inneren Vorstädten vor dem 5. August 1867, in den alten Teil von Travemünde vor dem 27. Dezember 1868 und im übrigen Staatsgebiet vor dem 1. Oktober 1919 angelegt sind, die Feststellung bei der Baupolizeibehörde bis zum 30. September 1922 beantragt werden. Wird ein solcher Antrag während dieser Frist nicht gestellt, so geht jedes Recht auf den Fortbestand dieser Öffnungen verloren.

Lübeck, den 18. September 1922. (7048)

Das Polizeiamt.

**Nichtamtlicher Teil.**

**Rudolf Meyer  
Else Meyer**  
geb. Kaehler  
Verlobte.

Für die Gratulationen und Geschenke danken herzlich (7024) D. D.  
Lübeck, d. 16. 9. 1922.

**Emil Howe  
Leni Howe** geb. Haase  
Verlobte.  
Für em. Mut. herz. Dank. (7052) D. D.

**Deutscher  
Transportarbeiter-  
Verband**  
Innverwahrung Lübeck.

**Nachruf!**

Am Sonntag, d. 16. d. Mts. farb unser treuer Kollege

**Ernst Hollin**  
Geh. v. d. Lindenstr. 1

Die Beerdigung findet am Mittwoch, d. 20. d. Mts. nachm. 2 1/2 Uhr auf d. Besten Friedhof statt. Sammelplatz der Kollegen bei 2 Uhr. (7064) Die Innverwahrung.

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief heute sanft mein lieber Sohn und unser guter Bruder, Schwager und Onkel

**Wilhelm Westphal**  
im 15. Lebensjahre, nebst Braut im Namen aller Angehörigen (7059)

**Henrich Westphal**  
Dummersdorf, den 18. Sept. 1922.

Brautjungfer Freitag, den 22. Septbr., nachm. 5 1/2 Uhr in d. Kirche zu Lübeck.

Anlässlich d. Ablebens meines lieben Vaters, **A. Gustavson**, d. S. B. D., Ostgr. Vorwerk, dem Grabmal-Verb. u. insbesondere dem Komitee des Komitees mein herzlichster Dank für Unterstützung und Anteilnahme. (7061)

**Familie G. Böhl  
u. M. Gustavson Ww.**

**Junge gesucht**  
nach dem Lande.

Werbung Brauer, Lübeck, d. 18. 9. 1922.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke anlässlich meines 40jähr. Jubiläums sage ich meinen Vorgesetzten, Mitarbeitern und Bekannten meinen besten Dank. (7037)

**Wilhelm Rahff.**

Jung. Mann sucht sofort ein Zimmer. (7022) Angeb. u. 410 a. d. G.

G. für Kleiderstr. 2 a. v. Ang. n. A 409 a. G. (7033)

1 H. R.-Mädchen-Schm. mantel m. Kappe 3. v. Johannistr. 66, II, (7038) Gehä.

1 1/2 schlaf. Vertelle u. Peroleumleuchte, beides fast neu, 3 verk. nachm. n. 4 Uhr. (7045) Glockengießerstr. 16, Flügel I.

Gesucht ein Knabe od. Mädchen 3. Zehnjährigen für Klavier- und Landwehr. Zu melden **H. Giese**, (7051) Rennefeld, Berliner Str. 90

Gesucht ein Junge v. 16-17 Jahren nach dem Tode in der Nähe von Gredesbüchen 1. Westl. Näheres Glockenstr. 5, III. (7065)

Gesucht saub. Frau od. Mädch. i. gg. Jahr zur Führ. v. g. Arbeiterhändl. (7041) Ang. u. III a. d. G.

Verl. am Sonnabend morgen ein Herrenschuh i. d. Ziegelf. D. Mann, d. d. Schuh an sich genommen hat, er erkannt, und wird gebeten, den Schuh Ziegelf. 106 abzugeben. (7206)

1 Blockweg-Haus verl. Abg. Weiter Sahberg (7059) 13-15, I.

**Herz Grundbesitzer-Erben von Lübeck u. Umgebung von 1919 z. B.**

**Monatsversammlung**  
am Mittwoch, den 20. September, abends 8 Uhr, Central-Hallen. Wichtige Tagesordnung. Anwesenheit und unbedingte vorzügliche Teilnahme aller Mitglieder am Sonntag.

NB. Umständlicher kann die letzte Nummer der Grundbesitzer-Erben nicht abgefragt werden und bitten wir unsere Mitglieder, die Zeitung in der neuen Ausgabe, die am 24. oder am Mittwoch in der Monatsversammlung in Empfang zu nehmen. (7055)

**Herz Grundbesitzer-Erben von Lübeck u. Umgebung von 1919 z. B.**

**Monatsversammlung**  
am Mittwoch, den 20. September, abends 8 Uhr, Central-Hallen. Wichtige Tagesordnung. Anwesenheit und unbedingte vorzügliche Teilnahme aller Mitglieder am Sonntag.

NB. Umständlicher kann die letzte Nummer der Grundbesitzer-Erben nicht abgefragt werden und bitten wir unsere Mitglieder, die Zeitung in der neuen Ausgabe, die am 24. oder am Mittwoch in der Monatsversammlung in Empfang zu nehmen. (7055)

**Herz Grundbesitzer-Erben von Lübeck u. Umgebung von 1919 z. B.**

**Monatsversammlung**  
am Mittwoch, den 20. September, abends 8 Uhr, Central-Hallen. Wichtige Tagesordnung. Anwesenheit und unbedingte vorzügliche Teilnahme aller Mitglieder am Sonntag.

NB. Umständlicher kann die letzte Nummer der Grundbesitzer-Erben nicht abgefragt werden und bitten wir unsere Mitglieder, die Zeitung in der neuen Ausgabe, die am 24. oder am Mittwoch in der Monatsversammlung in Empfang zu nehmen. (7055)

**Herz Grundbesitzer-Erben von Lübeck u. Umgebung von 1919 z. B.**

**Monatsversammlung**  
am Mittwoch, den 20. September, abends 8 Uhr, Central-Hallen. Wichtige Tagesordnung. Anwesenheit und unbedingte vorzügliche Teilnahme aller Mitglieder am Sonntag.

NB. Umständlicher kann die letzte Nummer der Grundbesitzer-Erben nicht abgefragt werden und bitten wir unsere Mitglieder, die Zeitung in der neuen Ausgabe, die am 24. oder am Mittwoch in der Monatsversammlung in Empfang zu nehmen. (7055)

**Herz Grundbesitzer-Erben von Lübeck u. Umgebung von 1919 z. B.**

**Monatsversammlung**  
am Mittwoch, den 20. September, abends 8 Uhr, Central-Hallen. Wichtige Tagesordnung. Anwesenheit und unbedingte vorzügliche Teilnahme aller Mitglieder am Sonntag.

NB. Umständlicher kann die letzte Nummer der Grundbesitzer-Erben nicht abgefragt werden und bitten wir unsere Mitglieder, die Zeitung in der neuen Ausgabe, die am 24. oder am Mittwoch in der Monatsversammlung in Empfang zu nehmen. (7055)

**R. Siffners Produkten-Börse**  
zahlt bis Freitag abend (7060)  
für Anst.-Papier p. Kilo 14.—  
Schmer-Pa. p. Kilo 16.— u. 18.—  
Ganzstandsdruck p. Kilo 16.—, 70.—  
Krollhaare p. Kilo 120.—  
**5 Hartengrube 5**

**Die höchsten Preise**  
für Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Alfen, Stäben, Strohhaare usw.  
erhält jeder bei reeller Abnahme. (7035)  
**Erdmann & Schuermann**  
Glockengießerstr. 61. Telefon 2751.  
Bei Metallen ist Ausweis mitzubringen. (7030)

**Ankerlin**  
Bester Schuhputz  
gibt den schönsten Glanz, färbt nicht ab, uerhält das Leder.  
F. Siffner, Lübeck, Falkenplatz 1.

**Riefenpresse zahle ich**  
für Lumpen, Eisen, Metalle, Papier u. Flaschen, sowie sämtliche Felle und Tierhaare, Krollhaare. Beim Verkauf von Eisen und Metallen ist ein Ausweis mitzubringen. Von Personen unter 21 Jahren wird nichts gekauft. Größere Posten werden abgeholt. (7066)  
**S. Kramer, Engelswisch 22.**

Millionenfach erprobt  
**Salomba**  
Wäscht sparsam, bequem und schnell  
Schumann & Wille, Wittenberge.

Metallg. Brot bedeutend billiger in der Markthalle (7055) und Marktstr. 14.

**Beste Presse**  
für Gold, Silber, Platin, Double  
Brillanten  
zahl (7049)  
Goldschmied  
**Carl Michaelsen,**  
Mühlenstraße 3 (am Altengraben).

**Referentenführer.**  
Von Eduard David.  
Mk. 10.—  
Buchhandlung  
**Fr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße.

**Wir oder Mich?**  
Lern- und Nachschlagebuch für den Selbstunterricht in der deutschen Sprache.  
Reiseführer zum Gebrauch der Fremdsprache.  
Lehrbuch der deutschen Sprache.  
von Carl Mann, Lehrer.  
Mk. 20.00 Mk.  
**Verlag Fr. Meyer & Co.**

**Schwarz-rot-goldene Schleifen und Fahrradtaben**  
Buchhandlung  
**Fr. Meyer & Co.**

**Wieder eingetroffen (7057)**  
**1 Waggon prima Winterkartoffeln.**  
Zu billigen Preisen ab Untertrave (Santillon) abzugeben.  
**Jaster,**  
Kornelgroßhandlung  
Gredesbüchen i. Pom.

**Heute Dienstag kein Eimerbier.**  
H. Bode. (7047)

**Richard Wagner Abend**  
Dirigent: **Hans Nilles.**  
Solisten: **Fr. Böhm,** Sopran.  
**Herr Hartmann,** Bariton.  
Da bei dem geringen Eintrittspreis von 10.— Mark einschl. Steuer und Programm der Besuch ein großer sein wird, wird empfohlen, Vorverkaufsstellen zu benutzen. (7054)  
Vorverkauf bei Base vis-à-vis Karstadt, Borchstr., Breite Straße 66, Barmbeck, Härtendamm, Basson, Beckergasse, Konsumwarenabgabestellen und Gewerkschaftshaus.

**Gewerkschaftshaus**  
Donnerstag, den 21. Septbr. 7 1/2 Uhr:  
**Richard Wagner Abend**

**Gewerkschaftshaus**  
Donnerstag, den 21. Septbr. 7 1/2 Uhr:  
**Richard Wagner Abend**

**Gewerkschaftshaus**  
Donnerstag, den 21. Septbr. 7 1/2 Uhr:  
**Richard Wagner Abend**

**Gewerkschaftshaus**  
Donnerstag, den 21. Septbr. 7 1/2 Uhr:  
**Richard Wagner Abend**

**Gewerkschaftshaus**  
Donnerstag, den 21. Septbr. 7 1/2 Uhr:  
**Richard Wagner Abend**

**Ganz neu eingetroffen!**  
  
**Der heitere Fridolin!**  
Halbmonatsschrift für Sport, Spiel, Spaß und Abenteuer.  
Ein überaus lustiges Buch für die Jugend aller Jahrgänge. Buntfarbig reich illustriert auf vierundzwanzig Seiten.  
Preis 500 Pfennig.  
Buchhandlung  
**FRIEDR. MEYER & CO.**  
Lübeck, Johannisstraße 46.

Allen Vereinen und Gewerkschaften empfiehlt sich das bestbekannte  
**Gewerkschaftsbüchlein**  
zur Abhaltung von Festlichkeiten und Veranstaltungen jeglicher Art.  
Klubzimmer und Versammlungsräume in jeder Größe.

**Hut-Liebe**  
Wafmstraße 9.  
**Herrenhut-Umpresserei und -Reinigung**  
Zylinder-Bügeln und -Vermieten.

Neu erschienen! Neu erschienen!  
**Reichs-Herbergs-Verzeichnis 1922/23.**  
Preis 30.— Mk.  
Herausgegeben vom Verband für Deutsche Jugendherbergen. Geschäftsstelle Hilpenbach, Westfalen.  
Zu beziehen durch die  
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstr. 46.

**Verband d. Gärtner u. Gärtnerarbeiten**  
Morgen Mittwoch 7 Uhr:  
**Große Versammlung**  
Stavenstr. 33.  
Erscheinen dringend erforderlich. (7056)  
Der Vorstand.

**Kolosseum Ball**  
Jeden Mittwoch und Sonnabend abends 6 1/2 Uhr.  
**Heinrich Ohde.**  
(7031)

**Verband der Maler, Mitglieder-Verammlung**  
am 20. September, abends 7 1/2 Uhr:  
im Gewerkschaftshaus.  
Tages-Ordnung:  
1. Lohnabkommen.  
2. Beitragserhöhung.  
3. Verschiedenes.  
Zahlreichen Besuch erwartet.  
Der Vorstand.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Ortsverwaltung Lübeck. (7069)

**Verammlung der Lastdiarbeiter**  
am Mittwoch, 20. Sept., abends 5 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
**Bericht der Lohnkommission**  
Die Ortsverwaltung.

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.**  
Ortsausschuß Lübeck.

**Betriebsräte-zentrale**  
A. D. G. B.  
Lübeck.

**Gemeinsame Versammlung**  
des A. D. G. B. und des Fabrikbesitzer mit den Betriebsräten, Betriebsob-leuten u. Baubelehrten  
am Mittwoch, 20. d. M., abends 7 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
**Zeuerung und Arbeitnehmerfrage.**  
Das Erscheinen aller Vorstandsmitglieder der beiden Spitzenorganisationen und der A. D. G. B. ist unbedingt erforderlich. Ohne Ausweis hat niemand Zutritt.  
Der Vorstand  
d. A. D. G. B. u. d. Fab.  
Der Zentralrat tritt eine Stunde vor Beginn der Versammlung im Gewerkschaftshaus zu einer wichtigen Besprechung zusammen. (7053) Der Vollzugsrat.

**Café „Vaterland“**  
Täglich Konzert  
der (7050)  
Hamburger Künstler-Vereinigung.  
Direktion: **Adolf Martens**

**Hansa-Theater.**  
Heute Dienstag und morgen Mittwoch, 7 1/2 Uhr: (7036)  
Erstaufführung von  
**Die Puppe.**  
Operette in 3 Akten und einem Vorpiel von **Edmond Andran.**  
Donnerstag:  
**Die Bajadere.**

**Stadttheater Lübeck**  
Dienstag, 19. Septbr., 7.30 U.: **Ab. C. Der Liebhaber.** Lustspiel von **Sham.** (7045)  
Mittwoch, 20. Septbr., 7.30 U.: **Ab. C. Die Jüdin.**

**Städtische Konzerte**  
Einladung der Ab.-Karten am Donnerstag, den 21. Septbr., nachm. von 3 bis 5 1/2 Uhr a. d. Theaterkasse. Bankkonto Commerzbank und Gewerkschaftsbank.



## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 19. September.

### Einführung eines gemeinsamen Ausschusses zur Prüfung der Amtsblattfrage.

In der Frage, betreffend die künftige Behandlung der amtlichen Bekanntmachungen, hat die Bürgererschaft bekanntlich in ihrer Versammlung vom 4. September den Senatsantrag auf Einführung eines Vertrauensauschusses ebenso abgelehnt, wie in der Versammlung vom 17. und 31. Juli die zur sachlichen Lösung der Frage vom Senate ihr unterbreiteten Vorschläge.

Von dem dringenden Wunsche geleitet, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten im Wege sachlicher Erörterung mit der Bürgererschaft baldmöglichst zu erledigen, glaubt der Senat noch einen weiteren Versuch in dieser Richtung machen zu sollen, indem er zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft stellt:

daß ein gemeinsamer Ausschuss, bestehend aus vier Mitgliedern des Senates und neun Mitgliedern der Bürgererschaft, eingesetzt werde mit dem Auftrage, über die künftige Behandlung der amtlichen Bekanntmachungen dem Senate und der Bürgererschaft Vorschläge entgegenzubringen.

### Der Wiederbeschaffungspreis.

Händler und Konsumvereine.

Darüber, ob im Kleinhandel der Wiederbeschaffungspreis gelten soll, ist in letzter Zeit viel geredet und geschrieben worden. Auch in der letzten vom Senat einberufenen Sitzung, in der Maßnahmen zur Befämpfung der Teuerung und des Wuchers beraten wurden, vertrat bekanntlich die Vertreter des Kleinhandels den Standpunkt, daß der Wiederbeschaffungspreis als Verkaufspreis gelten müßte. Ferner hat, wie wir bereits berichteten, der Reichsverein deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler auf seiner kürzlich in Hamburg stattgefundenen Tagung eine Entschließung angenommen, die ebenfalls den Wiederbeschaffungspreis als Kleinverkaufspreis fordert. Die Ursache dieses Vorgehens der Kleinhändler ist in dem fehlenden Betriebskapital zu suchen. Auch ist nicht zu verkennen, daß der Großhandel, von dem die Kleinhändler vielfach abhängig sind, mit dieser Preispolitik vorangeht.

Dieser Forderung, welche die Kleinhändler aufgestellt haben, vertreten nun auch die Großhändler. Sie nahmen auf ihrer Tagung in Bremen eine Entschließung gegen die Ruhergerichtsverordnung an, die sich genau mit dem Beschluß der Kleinhändler deckt. Wenn es nach den Wünschen dieser Herren ginge, dann würde der Preis nach oben keine Grenze mehr finden. Groß- und Kleinhändler würden Rechnungen mit ungeheuren Zahlen aufmachen und nachzuweisen versuchen, daß der Preis tatsächlich so hoch sei. Die Verbraucher müßten dann nicht nur das gesamte Betriebskapital für den Handel aufbringen, sondern auch noch ansehnliche Gewinne.

Nun hat vor einiger Zeit das Vorstandsmitglied des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Herr Kaufmann, an die Leitungen der Konsumvereine die Aufforderung gerichtet, so bald wie möglich zu dem Grundsatze überzugehen, daß bei der Abgabe von Waren an die Mitglieder der Preis nicht, der erforderlich ist, um die gleiche Warenmenge wieder einzukaufen. Daraufhin ist dieser für die Genossenschaften bestimmte Grundsatze auch von den Privatbühlern in Anspruch genommen worden, um damit, wie Verbandsleiter Riesel vom Verbands Thüringer Konsumvereine in einer genossenschaftlichen Betrachtung in der letzten Nummer der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ sagt, Deckung für alle Preismanöver zu erhalten. Riesel kommt zu folgenden, hier in Kürze wiedergegebenen Auseinandersetzungen. Die Mitglieder der Konsumgenossenschaften haben sich zusammengesetzt, um gemeinsam Waren zu beschaffen und gemeinsam Waren herzustellen. In allen Fällen haben von den der Genossenschaft zugehörigen Geldern nur die Genossenschaft und der in ihre zusammengeschlossene Personenkreis Nutzen, und dieser Nutzen erhöht sich in dem Maße, wie die Genossenschaft vermag, Kapital von ihren Mitgliedern an sich zu ziehen, weil parallel mit diesem Betriebskapital die Wirkungsmacht der genossenschaftlichen Wirtschaft wächst. Wie liegen aber die Dinge im privaten Handel? Vom Gesichtspunkt des Handels aus gesehen bildet die Ueberführung des Grundfahes: Verkauf zum Wiederbeschaffungspreis in die geschäftliche Praxis eine notwendige Maßnahme zur Erhaltung der Existenz. Er bedeutet letzten Endes nichts anderes, als daß der gesamte Handel von der Entwertung unserer Mark und deren Rückwirkungen überhaupt nicht betroffen wird. Er geröhle daraus eine erhebliche Vorzugsstellung gegenüber der großen Masse, namentlich der Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger, die bei jeder Entwertungswelle unserer Mark an ihrer Existenz einbüßen. Die enorme Entwertung der Betriebsmittel hat der Handel ausgeglichen durch den Wiederbeschaffungspreis der Ware. Wie ihm dies gelungen ist, zeigt die Kontursstatistik. Die Reinigung der Wirtschaft von unproduktiven arbeitenden Unternehmen, die in Zeiten wirtschaftlicher Depressions in der Konsumgenossenschaft zum Ausdruck kam, hat nahezu vollständig gehört; der Wiederbeschaffungspreis ermöglicht auch dem rückständigsten Unternehmen die Existenz, freilich, wie bereits hervorgehoben, mit auf Kosten der Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger. Was aber das Bedauerlichste an dieser Erscheinung ist, das ist, daß diese Art Preispolitik auf einer Stabilität unserer Markula fußt; während die auf ihr Arbeitseinkommen angewiesenen jehnsüchtig nach jedem Anzeichen Ausschau halten, daß die Hoffnung nach einem Aufstoßen des Entwertungsprozesses wenn auch nur teilweise aufkommen läßt, wächst die Anzahl dieser überflüssigen Unternehmen unbeschäftigt im Strome dieser Markentwertung. Und während wahre Genossenschaften alles aufbieten, ihre Mitglieder zur Beschaffung neuen Betriebskapitals anzuhäufen, leben die privaten Händler ausschließlich vom Wiederbeschaffungspreis. Die notwendige Grundluna unserer Wirtschaft auf diesem Gebiete kann nur von der genossenschaftlichen Organisation der Verbraucher ausgehen, die rationelle Betriebsführung an die Stelle des selbstwirtschaftlich schädigenden unproduktiven arbeitenden zerstückelten Kleinhandels von heute stellt.

Diese Ausführungen Riels sind sehr beachtlich. Die Kaufmannsche Aufforderung aber halten wir für unannehmlich. Die Konsumvereine bemühen sich, das fehlende Betriebskapital durch Erhöhung des Mitgliedsanteils der Mitglieder aufzubringen. Das ist ein gesunder Gedanke und auch der richtige Weg. Es geht aber nicht an, daß die Verbraucher für den privaten Handel das ganze Betriebskapital aufbringen.

**Aufbau der ehemaligen Reithahn für Straßenbahnzwecke.** Der Straßenbahnbetrieb ist im letzten Jahrzehnt stark angewachsen und hat eine erhebliche Vermehrung des Wagenparkes bedingt, jedoch sich die vorhandenen Lagerplätze für die Unterbringung der umfangreichen Wagenparkteile, des Oberleitungs- und des Bahnrümpferunterhaltungsmaterials bereits vor Jahren als zu klein erwiesen haben. Es mußte daher wenige Jahre nach Fertigstellung der auf dem Grundstücken an der Koedstraße errichte-

ten neuen Wagenhalle deren Reformerpaum als vorläufiger Lagerraum eingerichtet werden. Auch die Geschäftsräume sind seit langem unzureichend. Von der geplanten Raumschaffung in der Koedstraße konnte indes bisher abgesehen werden, weil berechnete Ausschlag bestand, die ehemalige Reithahn in absehbarer Zeit für Straßenbahnzwecke frei zu bekommen. Dies ist nunmehr geschehen. Durch einen mit der Finanzbehörde abgeschlossenen Mietvertrag ist die Reithahn in die Verwaltung der Straßenbahn übergegangen. Diese hat im Benehmen mit der Baubehörde den Ausbau der Reithahn für Straßenbahnzwecke unter größtmöglicher Einschränkung festgelegt. Nach einem im August d. J. aufgestellten Kostenschätzungsbericht der Ausbau, verbunden mit kleinen Veränderungen an vorhandenen Räumen zur anderweitigen Bestimmung, die Summe von 1.795.004 Mk. Sobald die ehemalige Reithahn bezogen wird, wird die Aufhebung des Bahnhofs Markt permittiert. Die mit der Auflösung dieses Bahnhofs verbundene Ersparnis ist so erheblich, daß die zum Ausbau der Reithahn erforderliche Summe von 1.795.004 Mk. ohne Schwierigkeit innerhalb weniger Jahre getilgt werden kann. Die Betriebsbehörde beantragt, ihr den Betrag von 1.795.004 Mk. zur Verfügung zu stellen. Der Senat hat dem Antrage zugestimmt und stellt ihn daher zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft.

**Zur Lohnbewegung auf den Schiffswerken.** Der vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Schlichtungsausschuss hat folgende Löhne von der Lohnwoche, in die der 15. September fällt, festgesetzt:

Gelernte	Grundlohn	Akkordbasis
Ungelernte	42—44 Mk.	44 Mk.
Ungelernte	39—41 Mk.	41 Mk.
Jugendliche unter 15 Jahren	36—38 Mk.	38 Mk.
Jugendliche von 15—16 Jahren	6 Mk.	
Jugendliche von 16—17 Jahren	10 Mk.	
Jugendliche von 17—18 Jahren	14 Mk.	
Jugendliche von 18—19 Jahren	17 Mk.	
Jugendliche von 19—20 Jahren	20 Mk.	
Jugendliche von 20—21 Jahren	22 Mk.	
Für ausgelehrte Jugendliche	27 Mk.	

Sämtliche verheirateten Arbeiter, sowie die Ledigen über 25 Jahre erhalten, gleichviel, ob sie in Lohn oder Akkord arbeiten, eine Zulage von 2 Mark die Stunde, außerdem für jedes versorgungsberechtigte Kind 1 Mark die Stunde. Diese Vereinbarung gilt bis zum 1. Oktober. — Die Verhandlungen über den gesamten Tarif, der am 30. September abläuft, beginnen in der kommenden Woche und wird das Schwerkriegsamt der Werftarbeiter auf den Abschluß des Gesamttarifs zu legen sein, trotzdem muß eine Abstimmung über diesen Schiedspruch stattfinden. Diese Abstimmung fand Montag in allen Werftorten statt. In Lübeck wurde der Schiedspruch mit 956 gegen 738 Stimmen angenommen. 12 Stimmen waren unglücklich. Auch in den übrigen Orten dürfte der Spruch Annahme finden.

## Staatskanzler a. D. Dr. Renner-Wien

spricht am Sonnabend, dem 23. September, abends 7 1/2 Uhr, im „Konzerthaus Lübeck“ über:

### Staats- und Kommunal- oder Genossenschaftssozialismus

Wort für Massenbesuch!

**Folgen der Geldentwertung.** Durch die in immer stärkerem Tempo fortschreitende Geldentwertung sind die Gehaltsgruppen im Gewerbe- und Kaufmannsgerichtszweig bei weitem überholt. Der Zentralverband der Angestellten hat deshalb in Gemeinschaft mit den übrigen Afa-Verbänden beim Reichsjustizministerium beantragt, die Zuständigkeitsgrenze für Angestellte sowohl im Gewerbe- wie im Kaufmannsgerichtszweig von 100.000 Mark auf 300.000 Mk. und die Berufungsgrenze von 5000 Mk. bzw. 6000 Mk. auf 15.000 Mk. zu erhöhen. Ebenso sind die im Handelsgerichtszweig vorgegebenen Schutzbemessungen für die Handlungsgeschäfte betr. Kündigung und Wettbewerbsverbot größtenteils dadurch illusorisch geworden, daß die hierzu vorgegebene Gehaltsgrenze durch die Geldentwertung vollkommen überholt ist. Der Zentralverband der Angestellten sowie die übrigen Afa-Verbände haben deshalb vorher beim Reichsjustizministerium eine Verdrückung dieser Gehaltsgrenze beantragt. Auch die im § 133a und 133b der Gewerbeordnung für technische Angestellte sowie für Werkmeister vorgegebene Schutzbemessung betr. Kündigung ist ebenfalls durch die Geldentwertung gegenstandslos geworden, und auch hier haben die genannten Verbände eine Verdrückung der vorgegebenen Gehaltsgrenze von 100.000 Mk. vorgeschlagen.

**Neue Invalidenversicherungsmarken.** Am 1. Oktober d. J. tritt auf dem Gebiete der Invalidenversicherung ein neues Gesetz in Kraft, durch welches neue Lohnklassen gebildet und für diese neue Invalidenversicherungsmarken eingeführt werden. Außerdem sind mit Wirkung vom 1. Oktober an die Werte der Sachbezüge wesentlich erhöht und die Ortslöhne neu festgesetzt worden, so daß vom 1. Oktober d. J. an für die meisten Versicherten höhere Beiträge zu leisten sind. Deshalb können wir dringend empfehlen, die bis zum 1. Oktober d. J. fälligen Marken noch in diesem Monat zu beschaffen und in die Karten einzulassen.

**Darf der Lehrmeister dem Gehilfen die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft untersagen?** Ein interessanter Rechtsstreit spielte sich, wie wir dem Verbandsorgan der Fleischer entnehmen, vor dem Landgericht Eisen ab. Ein Schlächtermeister berief eines Tages seine Lehrlinge zusammen und stellte ihnen die Frage, ob sie Mitglied einer Gewerkschaftsorganisation seien. Das wurde bejaht und darauf entließ der Meister diese Lehrlinge, weil er glaubte, dazu ein Recht zu haben. Er stützte sich auf den § 7 des Lehrvertrags, welcher lautet: „Bereiten irgendwelcher Art darf der Lehrling ohne Genehmigung nicht betreiben. Zuvörderst berechtigt den Lehrmeister zur sofortigen Aufhebung des Lehrverhältnisses und zur Forderung der im § 15 vorgegebenen Entschädigung.“ Die Lehrlinge klagten um Fortsetzung des Lehrverhältnisses und um Zahlung von 463,28 Mk. bis 12. März 1922 und vom 12. März bis zur Wiederbestellung auf pro Tag 4,16 Mark. Das Landgericht hat dem Klagenanspruch stattgegeben, den Lehrmeister zur Wiederbestellung und Zahlung der Entschädigung verurteilt. Das Gericht sagt zur Begründung: „Gemäß habe der Lehrmeister das Recht, nach der Gewerbeordnung neben der fachgemäßen Anleitung den Lehrling zu guten Sitten und zur Arbeitsamkeit zu erziehen. Er hat auch dafür zu sorgen, daß der Lehrling nicht geistig und körperlich Schaden nimmt und kann dem Meister daher ein Kontroll- und Untersa-

gungsrecht bezüglich des Beitritts des Lehrlings nicht verweigert werden. Das Untersagungsrecht stehe aber nur insoweit zu, soweit es zur Durchführung des Vertrages oder zur Abwendung einer Gefährdung des Vertrages erforderlich ist. Gegenüber Vereinigungen von Arbeitnehmern zum Zwecke der Erlangung günstiger Arbeitsverhältnisse, wie es die Gewerkschaften darstellen, ist dieses Untersagungsrecht nicht anwendbar. Es bedarf keiner näheren Ausführungen über Wesen und Bedeutung der Gewerkschaften, die zwangsläufig aus den Verhältnissen geboren. Kein verständiger Arbeitgeber wird heute einen Arbeitnehmer am Beitritt zu einer Gewerkschaft hindern. Schon durch das Reichsgewerkschaftsgesetz ist klargestellt, daß Minderjährige den Gewerkschaften beitreten können. Darüber hinaus gewährt die Reichsverfassung jedermann das Koalitionsrecht und erklärt alle entgegenstehenden Bestimmungen für ungültig.

**Statistischer Monatsbericht über Lübeck für August 1922.** Die Bevölkerung der Stadt Lübeck betrug nach der Fortschreibung des Statistischen Landamtes Ende August 122.500. Sie hat gegen den Vormonat bzw. das Vorjahr um 229 bzw. 2591 Personen zugenommen. Der Geburtenüberschuss betrug 101 und die Wanderungsbewegung brachte bei 1586 Zugezogenen und 1458 Weggezogenen einen Gewinn von 128 Personen. Ehen wurden 113 geschlossen, d. h. 21 weniger als im Vormonat, aber 11 mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. 15 Männer und 16 Frauen heirateten zum wiederholten Male. Die auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnete Heiratsziffer betrug 11,1 gegen 13,1 im Juli und 10,2 im Vorjahre. Geboren wurden 115 Knaben und 107 Mädchen, zusammen 222 Kinder. Im Vormonat waren es nur 187 und im Vorjahr 194. Die auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnete Geburtsziffer war mit 21,7 um 3,3 größer als die vom Juli und um 2,6 höher als die vom Vorjahre. Unter den Geborenen waren 25 oder 11,3 Prozent unehelich und 7 oder 3,3 Prozent tot. Gestorben sind (ohne Totgeborene) 144 Personen und zwar 58 männliche und 56 weibliche. Im Vormonat starben 112 und im Vorjahre 127. Die allgemeine Sterbeziffer (auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet) belief sich auf 11,2 gegen 11 im Vormonat und 12,7 im vorigen August. Von den im ersten Lebensjahre lebenden Kindern starben 13, d. h. 11,4 Prozent der gesamten Sterbefälle. Die auf 1000 der Lebendgeborenen, aus denen die gestorbenen Säuglinge stammten, berechnete Säuglingssterbeziffer betrug 63,1 gegen 130,6 im Vorjahre. Todesursache war 20mal Krankheiten der Kreislauforgane, 19mal Krebs, je 10mal Altersschwäche und Lungenerkrankung und 5mal Tuberkulose. Durch Berunglückung endeten 8 und durch Selbstmord 2 Personen.

**Treppen beleuchten.** Die Tage werden kürzer und in den Häusern herrscht häufig schon zu einer Zeit, in der zwar die Sonne ins Nest geht, der Mensch aber noch sehr viel ein- und ausgeht, eine ägyptische Finsternis. Wenn die Haustüren nicht verschlossen werden, muß mit Eintritt der Dunkelheit die Treppenbeleuchtung einsehen. Alle die das angeht, seien hieran erinnert, denn wer für die Beleuchtung der Treppen verantwortlich ist, haftet auch für den Schaden, den sich jemand zuzieht, wenn er in einem dunklen Hausflur oder Treppenhaus zu Fall kommt. Die Treppenbeleuchtung ist an keinen bestimmten Termin gebunden, sondern hat bei eintretender Dunkelheit zu geschehen.

**Gegen den Kartoffelmucher** wendet sich das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Es waren Gerüchte verbreitet worden, daß in einigen Gegenden bereits bis zu 1400 Mk. für den Zentner geboten worden seien. Dazu sagt das Reichsministerium, daß derartige Vorgänge nirgends festgestellt worden sind. Die Kartoffelernte wird nach übereinstimmenden Berichten große Erträge liefern, so daß für einen derartigen Preis jeder Grund und Acker fehlen würde. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß ein derartiger oder auch nur annähernd gleicher Preis den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspräche, vielmehr ganz klar gegen die Wirtschaftsebene verstoßen würde. Auch das Vieh den derartigen Preise verliert gegen die Bestimmung des Wuchergesetzes und das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat die zuständigen Behörden noch besonders ermächtigt, in allen Fällen, in denen derartig hohe Preise geboten oder geboten werden, sofort einzugreifen. — Das Reichsministerium sollte sich auch dagegen wenden, daß der Preis für das Umlagegetreide heraufgesetzt wird. Wenn das Getreide einen unerwünschten Preis erlangt, folgen die Kartoffeln bald nach. Dafür werden dann schon die Landwirte sorgen.

**Ein Zimmer angebrannt.** Sonntag nachmittag brach in einem Schlafzimmer des Hauses kleiner Schranke 5 Feuer aus, wodurch die ganze Zimmereinrichtung vernichtet wurde. Durch das schnelle Eingreifen der Feuerwehr gelang es, weiteren Schaden zu verhüten. — Montag vormittag wurde von der Wehr ein auf der Altkendranerei ausgebrochenes kleines Feuer schnell gelöscht.

**Ein Messerstecher.** In der Nacht zum Montag wurde in der Falkenstrasse ein älterer Schlosser nach vorausgegangenem Wortwechsel von einem jungen Manne so mit einem Messer bearbeitet, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Glücklicherweise sind die Verletzungen nicht sehr schwer, da nur Fleischwunden entstanden sind.

**Die Wochenschrift „Fridericus“ in Lübeck verboten.** Das Postamt hat die in München erscheinende Wochenschrift „Fridericus“, die auch hier verbreitet wurde, für Lübeck auf sechs Monate verboten. In dieser Zeitschrift, die stark gegen die Republik hegte, war unter anderem auch der berühmte Arbeiter Holz als Mitarbeiter tätig.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

**Achtung, sozialdemokratische Fraktion des Bürgerausschusses!** Mittwoch nachmittag 4 1/2 Uhr wichtige Sitzung im roten Saal des Rathauses. Alle Mitglieder müssen erscheinen, da wichtige Fragen zu besprechen sind.

### Achtung, Gewerkschaftsvorstände des ADOB und der Afa!

**Achtung, Betriebsräte, Betriebsobleute, Bundelegierte!** Am Mittwoch, dem 20. d. Mts., abends 7 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine gemeinsame Versammlung der Gewerkschaftsvorstände des ADOB und des Afa-Bundes mit den Betriebsräten des Wirtschaftsgebietes Lübeck statt. Das Erscheinen aller ist dringend notwendig, da zu der Leuerung und ihre Bestämpfung Stellung genommen werden soll. Ohne Ausweis hat niemand Zutritt. Die Delegierten des Ortsausschusses haben ihre rote, die übrigen Vorstandsmitglieder ihre braune Ausweiskarte vorzuzeigen. Für die B.-K. gilt der Ausweis ihrer Gruppe. Der Vorstand des ADOB.

**Achtung, Zentralrat!** Sitzung am Mittwoch, dem 20. d. Mts., abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Räumliches Erscheinen ist notwendig.

**Stadttheater.** Am Mittwoch wird die „Jüdin“ wiederholt. Donnerstag zum letzten Male „Fiesco“. Am Freitag wird zum ersten Male eine Opernovität für Lübeck zur Aufführung kommen: „Der Musant“ von Witter. In Lübeck ist Witter kein unbekannter; vor drei Jahren wurde „Höllisch Gold“ von dem Dichterkomponisten gegeben.



**Sanft-Theater.** Heute findet die Erstaufführung von „Die Ruppe“, Operette in 3 Akten und einem Vorspiel, von Edmund Andrass, in der Ella Loeb die Titelrolle singt. Willig Schweißguth spielt den Puppenfabrikant Hilarius, Paul Schöpfer den Langelot. Dirigent Kapellmeister Schmid. Außerdem sind noch die Herren Wolf und Stein sowie die Damen Sorea und Mölle beschäftigt.

**Richard Wagner-Abend.** Ein genussreicher Abend findet Donnerstag im Gewerkschaftshaus statt. Das Programm ist sehr interessant; die schönsten Werke von R. Wagner wird man hören. Dazu werden Frz. Döhle und Herr Hartmann noch einige Arien singen. Jeder denuge die Vorverkaufsstellen, damit der Andrang abends nicht so groß wird. Eintrittskarte 10 Mk.

**\***

**Ein Kind ertrunken.** Montag mittag sahen Kinder im Krähenreich beim Düfer die Leiche eines Kindes treiben. Herr Brahl, der Pächter der Krähenbadeanstalt, fuhr auf die Nachricht hin mit einem Kahn zu der Stelle. Er fand dort ein etwa sechsjähriges Mädchen, das anscheinend schon am Sonntag verunglückt war. Bisher konnten wir nicht erfahren, wer die Verunglückte ist.

**pb. Güterherabsetzung.** Ermittelt und festgenommen wurden zwei Hafenarbeiter von hier, die sich Güterherabsetzungen größeren Stils schuldig gemacht haben. — Festgenommen wurde ein Gärtnerbesitzer aus Kiel wegen Betruges. Derselbe hatte einem hier wohnhaften Betriebsleiter Lebensmittel zum Preise von zusammen 15 500 Mk. angeboten und auch teils in bar, teils durch Scheck im voraus bezahlt erhalten. Bald darauf stellte sich aber heraus, daß die Angaben des festgenommenen Schwindel waren. Als er daher verhaftet, den Scheck einzulösen, konnte er gestellt und festgenommen werden. Derselben Betruges wie hier hat der Festgenommene in Kiel und Olbesloe gemacht. — Festgenommen wurde ein Meister aus Eiderstedt, der einem in Meldorf wohnhaften Maurer ein Jahrgeld gestohlen hat, und ein auf dem Lager Lohberg wohnhafter Arbeiter, der auf einer Werk, wo er beschäftigt war, Kleinschraube im Werte von 10 000 Mark gestohlen hatte.

**pb. Diebstähle.** Aus dem Kohlenkeller eines Hauses in Schmaria ist ein Fahrrad gestohlen worden. — Aus einem industriellen Unternehmen am Kanal wurde in der Nacht vom 17./18. ds. Mts. ein Treibriemen von 10,60 Meter Länge, 14 Zentimeter Breite und 6 Millimeter Stärke im Werte von 25 bis 30 000 Mk. mittels Einbruchs gestohlen.

### Angrenzende Gebiete.

**Cutin.** Sitzung des Stadiparlaments. Einstimmig genehmigt die Beschlusse der weiteren Budget- und Haushaltsjahre für Minderbemittelte bis zu einem Einkommen von 4000 Mk., was bisher 276 Personen zu gute gekommen ist; der Magistrat wird gebeten, beim Landesparlament, der sich zu gleichen Teilen an dem Zuschuß beteiligt, eine Herabsetzung der Mindesteinkommensgrenze auf 6800 Mk. anzuregen, so daß sich hiernach für Cutin die Zahl der Empfängerberechtigten auf 320 erhöhen würde. Einem Gesuch von hiesigen Beamten betr. vierjährlicher Vorauszahlung des Gehalts, um in der jetzigen schweren wirtschaftlichen Zeit sich unter Ausnutzung der Konjunktur rechtzeitig einkauf zu können, konnte nicht entgegenwärtig werden, da die finanzielle Lage Cutins dies nicht gestattet. — Der Erhöhung des Zuschusses an die Volkshochschule auf insgesamt 3000 Mk. wird einstimmig zugestimmt, ebenso wird ein Zuschuß von 5000 Mk. zur Aufrechterhaltung der Hofmeister-Konzerte bewilligt. Eine Eingabe der Torfarbeiter vom Fudendorfer Herrenmoor um Genehmigung einer Unterfütterung wegen des durch den Streik der Lübecker Ueberlandsgenossen verursachten Arbeitslohnausfalls wurde zunächst einer Kommission zur Berichterstattung überwiesen. Bezüglich der Verjüngung Cutins mit Kartoffeln ist der Magistrat bereits mit Landwirten in Verhandlung getreten, das Ergebnis muß noch abgewartet werden. Gleichzeitig wurde der Magistrat ersucht, beim Landesparlament dringend die Ablehnung sämtlicher Anträge auf Kartoffelgroßhandelsverkaufspreis zu fordern, da die schlüßigen Folgen einer Kartoffeljahrs noch in aller Erinnerung seien. Recht unangenehm wirkte die Mitteilung, daß baldige weitere Gaspreiserhöhungen nicht zu umgehen sein werden. Erschließend zu hören war, daß im kommenden Winter wieder eine Straßenleuchten-Behandlung beabsichtigt ist.

**Wandbettel.** Einfuhr eines Neubaus. Bisher 3 Lote geboren. Montag morgen gegen 11 Uhr ist der Gefundenbau des Warenhauses Carstadt in Wandbettel unter donnerndem Krachen zusammengebrochen. Das Warenhaus wird durch einen Neben- und Hinterbau bedeutend vergrößert. Der Hinterbau war ein Rohbau fertig. Er bildete eine große einstufige Halle. Diese stürzte während der Arbeit ein. Zuerst brach die Betondecke ein; diese fiel auf die Kellerdecke und durchschlug sie. Unter einem wüsten Chaos von Beton und Eisenstücken lagen Lots und Verletzte begraben. Die Leutnant des Warenhauses rief sofort die Wandbettelier wie die Hamburger Feuerwehr zu Hilfe, die zwei Bäte entsandte. Bisher wurden 2 Lote und mehrere Verletzte geborgen. Ein Schwerverletzter im Krankenhaus gestorben, so daß leider drei Menschenleben zu beklagen sind.

**Hamburg.** Opiumdiebstahl. Im Freihaufen wurde für eine Million Opium aus einem Speicherboden gestohlen. Es handelt sich um eine Menge von 200 Kg., die der Orientbau gehört.

**Neumünster.** 19 Schafe zerrissen. Durch einen freilaufenden Hund wurden in Groß-Summerfeld 19 Schafe getötet und 30 schwer verletzt.

**Kiel.** Eine Liebestragödie. In der Nacht zum Montag hat der Untermohrer S. das Bäckermädchen K. erschossen und sich selbst durch mehrere Schüsse so schwer verletzt, daß er nach Einlieferung in das Krankenhaus gestorben ist. Bis jetzt hat man den Grund zu dieser verhängnisvollen Tat noch nicht vollständig ermittelt, doch scheint Eifersucht im Spiele gewesen zu sein.

**Reutberg.** Silbergeldfund. Als man in dem Garten eines Gehöuses in Schwabstedt einen vom Sturm umgewehten Apfelbaum umgibt, entdeckte man 150 alte Silbermünzen, Sparhälter, Banknoten usw., größtenteils dänische vom Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts. Der Fund hat einen großen Wert.

Landdrost einzutreten, und deren Befugnisse auf die Kommissar zu übertragen.

**Stenberg.** 1. Der Parteitag der Reichspartei für Mecklenburg und Lübeck möge beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, nach vollzogener Wiedervereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vereint mit allen Mitteln den Kampf um die politische Macht aufzunehmen, und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, den ungeheuren Druck der wirtschaftlich starken Reaktion auf die Arbeiterklasse zu beseitigen, und der Arbeiter ein wirklich freier Mann im freien Staate wird.

2. Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, dem immer mehr überhandnehmenden Wucher in Getreide, Milch und Milchprodukten, auch Kartoffeln, in Mecklenburg-Lübeck energisch zu Leibe zu gehen: durch energisches Eintreten für die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für die wichtigsten Lebensmittelzweige; durch eine energische Abwehr aller Bestrebungen der bürgerlichen Parteien, das erste Drittel des Umlagegetreides nach weiter im Preise herauszulassen. Ferner möchte darauf hingewirkt werden, daß die großen Rittergüter und Domänen unter scharfe Kontrolle gestellt werden zwecks rationelle Bewirtschaftung der vorhandenen Anbauflächen und um eine etwaige Sabotage gegen die Volksernährung von seiten der Großgrundbesitzer zu verhüten.

3. Der Parteitag möge beschließen: Es sollen in allen mecklenburgischen Ämtern alljährlich eine Amtskonferenz stattfinden.

**Blau.** Der Parteitag möge beschließen, daß in Zukunft zu dem deutschen Parteitag keine Parteisekretäre aufgestellt werden, sondern, daß ohne Wahl in jedem Unterbezirk ein Parteisekretär ohne weiteres zum Parteitag gelangt wird.

**Neustadt.** Der Parteitag solle mit aller Schärfe darauf hinwirken, daß neben den wichtigsten Lebensmitteln auch die wichtigsten Bedarfsartikel wieder unter Zwangswirtschaft gestellt werden; als solche kommen in Frage: Kleider, Schuhe und Leder.

**Lütz.** 1. Der Parteitag möge dahin wirken, daß der 1. Mai gesetzlicher Feiertag bleibt. Wenn das der Fall ist, muß die Arbeitsruhe überall gleichmäßig durchgeführt werden.

2. Der Parteitag möge dafür sorgen, daß alljährlich zweimal Flugblätter verteilt werden und mindestens einmal im Jahre ein führender Genosse einen Vortrag in den Ortsgruppen zu halten hat.

**Dargun.** Der Parteitag solle beschließen: Die Kosten für die Delegation der Ortsgruppen zum Parteitag trägt künftig die Bezirksstaffe mit 50 Prozent.

**Gai.** Der Parteitag solle beschließen: Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Mecklenburgs ist mit der heutigen Zusammenlegung der Reichswehr nicht einverstanden. Es ist deshalb von maßgebender Seite bei der Reichsregierung und im Reichstag energisch darauf hinzuwirken, daß die Reichswehr von nur ganz zweckmäßigen Personen, die im wahren Sinne des Wortes republikanisch sind, zusammengesetzt wird. Zum anderen ist darauf hinzuwirken, daß der Reichswehraminister Gehler abgesetzt und möglichst durch einen Sozialdemokraten ersetzt wird.

Der Parteitag solle beschließen: Unsere Regierung und Landtagsfraktion haben sich mit aller Macht dafür einzusetzen, daß die Demokratisierung der Verwaltung mehr als bisher durchgeführt wird.

**Körs.** 1. Die Landtagsfraktion wird ersucht, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die neu gebildeten Landgemeinden und Kämmerer-Ortschaften mit Ader dotiert werden, um sie existenzfähig zu machen. 2. Der Parteivorstand wird ersucht, mehr Agitation auf dem Lande zu treiben. 3. Der Parteitag möge beschließen, daß bei vorkommenden Landtagswahlen mehr denn je Kandidaten vom platten Lande berücksichtigt werden. Die Begründung der Anträge erfolgt mündlich durch die Delegierten.

**Seimstorf.** 1. Der Bericht der Landtagsfraktion ist von der Tagesordnung abzuhängen. 2. Der Parteitag möge die Frage der Neugliederung des Reiches als besonderen Punkt der Tagesordnung behandeln.

## Genossenschaften.

### Erste Reichskonferenz der Genossenschaftsangeestellten.

Am 4. und 5. September hielten die im Zentralverband der Angeestellten organisierten Genossenschaftsangeestellten im Volkshaus zu Leipzig ihre erste Konferenz ab. Rund 40 Delegierte waren anwesend, darunter 5 weibliche.

Das Vorsitzendamt übte Döhnel-Berlin, erstattete den Tätigkeitsbericht. Insechend von der Unsicherheit der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, schilderte er die schwierige Lage in dieser Konjunkturschwäche, die nicht ohne Einfluß auf das Arbeitsverhältnis der Genossenschaftsangeestellten blieb. Die Lohnbewegungen in den Genossenschaften, die oftmals nur durch Ansetzung des Schlichtungsausschusses zu Ende geführt werden konnten, nahmen leider die Haupttätigkeit des Verbandes und seiner Funktionen in Anspruch. Ganz vereinzelt kam es auch zu Arbeitsniederlegungen, die erstreckungsweise nur von sehr kurzer Dauer waren. Um die Grundlage für einen Reichsstarifvertrag zu schaffen, wurde bereits mit der Mehrzahl der dem Zentralverband deutscher Konjunkturvereine angehörigen Konjunkturvereine für deren Feinleiste Tarifverträge abgeschlossen. Der Reichstagsbericht ist demnach sehr entgegen der Konjunktur, die das Bestreben seien, die Unsicherheit der Ertritte der Raqqerholter oder Hilleiter dadurch zu vergrößern, daß sie eine feste Tarifvertragsbasis erweckten, die selbst erfahrene Genossenschaftsangeestellten, aber auch die Kaufmanns- und ordentlichen Genossen für notwendig halten. Insofern des Bestrebens einzelner Genossenschaftsangeestellten, an Stelle der festen Entlohnung die Entlohnung nach dem Umsatz vorzunehmen, nahm der Berichtsherr Stellung. Diese Art Entlohnung sei geeignet, die Solidarität unter den Genossenschaftsangeestellten zu zerstören und ein Anreiz für nicht ganz charakterliche Genossenschaftsangeestellte, den Konjunkturvereine zu verlassen. Bei einer Würdigung der Konjunkturvereine mancher Konjunkturvereine erklärten die Genossenschaftsangeestellten die Gelege bestehen, die zum Schutze der Angeestellten erwirkung wurden.

Die Diskussion erob, daß die Delegierten mit der Tätigkeit der Reichskonferenz, darüber hinaus aber mit der Tätigkeit des gesamten Verbandes, die er besonders für eine Revue der sozialen Gesetzgebung entfallen, vollkommen einverstanden waren.

Gegenwärtig hielt der Sekretär der Reichskonferenz, Kollege Pöner einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Betriebsratfrage in den Genossenschaften und deren Zusammenhänge mit den gewerkschaftlichen Organisationen. Geht es auf ein reichhaltiges Material, begründete der Referent die Notwendigkeit eines innigen Zusammenarbeitens der Betriebsräte mit den Genossenschaften und berührte hier die Sonderbestimmungen des im Schmerens des Unions und anderer Genossenschaftlichen Organisationen bestehlichen Affiliationsgeheimnisses der Betriebsräte gewerkschaftlicher Unternehmungen. Nachdem der Referent das Konjunktur Affiliationsgeheimnis näher beleuchtet hatte, leitete er zum Schutze dem Konjunktur Affiliationsgeheimnis über für die Ausübung eines bestimmten angenommen wurden.

Weiter die Beschlüsse der Zentralverbandes deutscher Konjunkturvereine hielt der Sekretär der Reichskonferenz. Beschlüsse wurden hierzu nicht gefaßt, da es den Delegierten unmöglich war, die Ausmittlung der verschiedenen Vorstände des Referentes auf Abänderung des Statuts mit mathematischer Sicherheit zu berechnen.

Die Anträge und Anregungen des Referenten und verschiedener Diskussionsreferenten wurden den Vertretern der Genossenschaftsangeestellten auf der Generalversammlung der Konjunkturvereine zur Beratung überwiesen.

In keinem mit großem Beifall aufgenommenen Schlußwort konnte Kollege Döhnel auf den harmonischen Verlauf der Konferenz hinweisen als einer bemerkenswerten Erscheinung in der heutigen, von Leidenschaften stark durchwühlten Zeit. Er wies auf die bevorstehende Einigung der beiden sozialistischen Parteien hin. Dem gemeinsamen Vorgehen dieser geeinten Partei und den Genossenschaften müsse es gelingen, an Stelle der heutigen gemeinwirtschaftlichen kapitalistischen Wirtschaftsordnung die sozialistische Gemeinwirtschaft zu setzen, deren Keime bereits in der modernen Genossenschaftsbewegung ruhten.

## Aus aller Welt.

**Unfall beim Radrennen.** Auf der Olympiabahn in Wlängen, im letzten Sonntag nachmittag, als 7 Radfahrer ein Rennen führten, einer der Radfahrer infolge eines Radfahrens. Die 6 anderen Fahrer kamen daraufhin ebenfalls zu Fall, wobei die Fahrer Linsinger und Zimmermann schwere Verletzungen davontrugen. Von den anderen Rennfahrern wurden 4 leichter verletzt.

**Ein bestechlicher Steuerbeamter.** Der Steuerwachmeister Schille in Magdeburg wurde wegen Bestechlichkeit und Verletzung des Dienstgeheimnisses zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er war an einen reichen Kaufmann herangetreten und hatte sich bereit erklärt, diesem für eine Belohnung von 20 000 Mark die Akten vorzulegen, aus denen hervorgeht, daß die Steuerbehörde gegen den Kaufmann ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung eröffnen wollte.

**Granatenexplosion in Torgau.** In Torgau hat sich folgender tragischer Zwischenfall ereignet. Schulknaben boten Granaten, die sie auf einem Spaziergang ausgegraben hatten, in der Meisenhandlung von Raumann an. Der 15jährige Geselle Raumanns namens Schulz ließ einen der Blindgänger fallen. Es erfolgte eine Explosion durch die Frau Raumann in Stills gerissen wurde. Schulz wurde lebensgefährlich verletzt. Die Tochter Raumanns und drei Schulknaben erlitten gleichfalls schwere Verletzungen.

## Theater und Musik.

### Das vierte vollständige Konzert

erfreute das vollbesetzte Stadttheater am Montag mit einer glänzlich gewählten Fülle von Gaben, deren Spielfolge im C. Saint-Saëns „Totentanz“, jener gewaltig pathetischen symphonischen Dichtung, deren Thema gerade in Lübeck auf ein reifes Verständnis rechnen darf, ihren Höhepunkt erreichte. Karl Wagners lebte meisterte die schönste Aufgabe, die er sich gestellt hatte, mit altbewährter Kunst. Die Dritte Symphonie Robert Schumanns, die sogenannte Rheinische, in der besonders das Spherso außerordentlich glänzlich zu Gehör gebracht wurde, eröffnete den Reigen der Darbietungen. In Mozarts Konzert für Klavier und Harfe mit Begleitung des Orchesters zeigte Paul Luther sowohl was die Technik als auch was die Seele des Spieles anbetrifft, sein starkes Talent; die bezaubernde Harfenbegleitung Karl Jüllers erhöhte die Wirkung. In Gretzky's „Drei Tanzstücke aus dem heroischen Ballet Céphale et Proëtis“ getrieb mir besonders das letzte Stück durch seine geschlossene Dichtung und sein Feuer. Im ersten Teile, Tambourin, hatte größere Geschlossenheit die Dichtung erhöht. Saint-Saëns, des bekannten Deutschentressers gewaltiger Totentanz, folgte als schloßender Abschluß. In dem „Hörngeländer-Balzer“. Das beehrte Haus schenkte dem Dirigenten besonders beim Mozart-Konzert und beim „Totentanz“ reichen Beifall und lohnte die Solisten für ihre Darbietung durch freundige Anerkennung.

## Gesprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

### Aus dem Leben eines armen „Oberbergers“.

Oberberg ist bekanntlich eine Lungenheilstätte bei Androsberg am Harz. Diese Anstalt soll Lungentranken Mitgliebern der Landesversicherungsanstalt der drei Hansestädte Erholung und Heilung von ihrem schweren Siechtum bringen. Zunächst, inmitten von Hochwald und Bergen des Harzes gelegen, erhebt sich die mit allen Ertrungenheiten der modernen Heilpflege ausgestattete Heilstätte. Aber keine Rosen ohne Dornen. Wir „Oberberger“ sind infolge der hier herrschenden, völlig unzureichenden Verpflegung erkrankenden, den Weg in die Desoffentlichkeit zu beschreiten, weil alle Beschwerden dieserhalb bei der Verwaltung, insbesondere bei dem Herrn Chefarzt Dr. Bilig ergebnislos waren. Wir fordern daher öffentlich alle in Betracht kommenden Instanzen auf, für sofortige Abhilfe Sorge zu tragen. Trotzdem die Anstalt Oberberg über eine eigene, statliche Anzahl Kühe verfügt, erhalten wir Patienten pro Tag nur ca. 1/2 Liter Milch. Über auch dieses farge Quantum gibt's nicht immer! Butter ist hier ein völliger Luxusartikel und Eier gibt es gar nicht. Dafür erhalten wir „nullwertige“ Ersatzmittel. Wenigstens nach dem Ausspruch des Herrn Chefarztes. Worin diese Ersatzstoffe bestehen, wollen wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten. Für Butter gibt es Marmelade, Margarine und zuerst des Morgens Schmalz. Dieser letzte Ersatzstoff liehe sich zur Not noch als „gut“ bezeichnen, wenn er nicht nur auf 1/2 dünne Schnitten Brot in die Erscheinung trete. Milcherjak ist Kaffee, und Tee, die wieder aus Ersatzmitteln hergestellt sind. Und nun der „Eiererjak“. Der Herr Chefarzt meinte bei der von uns vorlegt vorgebrachten Beschwerde, daß wir ja ausreichend Fleisch bekommen (ca. 80-80 Gr. pro Tag) und wir deswegen auf diesen „Luxusartikel“ verzicht leisten könnten. Neben allen diesen schönen Sachen bekommen wir nun oft eine ganz wunderbar schmeckende Leberwurst, eine Ware, die wir schon aus der „Ersatzmittelzeit“ des Krieges kennen gelernt haben. Nun einige Worte über die Hausordnung. Derselbe ist nach streng wilhelmsischem Muster angefaßt und verboten ist fast alles. Auch hier müßten die in Betracht kommenden Instanzen schnelligst Remedie schaffen. Vor allen Dingen sollte ein Bertramsmann bzw. eine Kommission eingesetzt werden, die berechtigte Beschwerden entgegennehmen kann. Zum Schluß noch eine direkte Anfrage an die Landesversicherungsanstalt: Wann geben die diesbezügliche „horrernde“ Hausgeld von täglich 45 Mk. für die Ehefrau, während der Kurdauer zu erhöhen? Mehrere Patienten.

### Quittung.

Für den Pressefonds gingen ein:

Von einem alten Parteifreund	100 Mk.
H. M.	50 Mk.
S. M.	50 Mk.
A. S.	50 Mk.
M. M.	100 Mk.
S. Schwarz, Rüditz	20 Mk.
M. S.	20 Mk.
G. M.	50 Mk.
O. R.	20 Mk.
M.	50 Mk.
A. D.	50 Mk.

Das Parteisekretariat.

Von Hub-Ziehe gesammelt im Promenaden-Kaffee 150 Mk. für die Altershilfe.

## Sozialdemokratischer Bezirksverband für Mecklenburg-Lübeck.

### Schlus.

Zu dem Parteitag in Bülow sind bisher folgende Ladungen eingegangen:

**Stettin.** 1. Der Bezirk Mecklenburg-Lübeck ist in 7 Unterbezirke zu teilen. 2. Der Parteitag hat vor dem Reichsparteitag stattzufinden. 3. Die Delegierten zum Reichsparteitag sind von den Unterbezirken vorzuschlagen und auf dem Parteitag zu wählen.

**Boizenburg.** 1. Der Parteitag solle beschließen, daß die Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Geldmittel zur Verfügung stelle und bereit hält, aus denen die Ortsgruppenverbände mit den wichtigsten mecklenburgischen Landesgruppen unentgeltlich bedient werden. 2. Der Parteitag solle beschließen, die Landtagsfraktion der sozialdemokratischen Partei zu unterstützen, mit allen Mitteln für die Klärung der